

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimergebiete, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmels- und Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 23. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Disconto-Gesellschaft, Depositenkonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Konterzeile 0.70 Goldmark, Reklamazeile 1. — Goldmark. Kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 0.20 Goldmark (außer bei zwei Zeilenwörtern), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0.30 Goldmark. Eine Goldmarke — ein Dollar geteilt durch 4.20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 14 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Reichstag in Selbstauflösung.

Kein großer Tag, aber ein großer Skandal. — Klamauk und Kuhhandel.

Gestern nachmittag sollte der Reichstag die Erklärungen des Reichszanklers Marx und der Minister Stresemann und Luther über das Ergebnis der Londoner Konferenz entgegennehmen. Es kam nicht dazu, weil die Kommunisten Skandal machten und der deutschnationale Reichstagspräsident Wallraf seinen Rat wählte.

Heute um 10 Uhr vormittags soll der Versuch gemacht werden, die Regierungserklärung herauszubringen. Der Erfolg steht dahin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten die Kommunisten die üblichen Anträge zu ihrer Abänderung. Nach ihrer Ablehnung kam der übliche Klamauk. Die Kommunisten erhoben ein wildes Geseul, der Reichszankler konnte nicht sprechen. Nachdem Abgeordnete, Tribünen und die vollbesetzte Diplomatensloge das Konzert minutenlang über sich hatten ergehen lassen, verhängte Herr Wallraf über einen der Hauptschreier, den kommunistischen Studienrat Dr. Schwarz, den Ausschluß. Schwarz bleibt, es folgt zweite Sitzung, Verlängerung des Ausschlusses auf zwanzig Tage, Schwarz bleibt. Wallraf schließt wieder und beruft den Kellertenrat.

Zwei Stunden vergehen mit Warten. Endlich erscheint Wallraf wieder und erklärt, nichts tun zu können! Er beruft eine neue Sitzung für den nächsten Tag, 10 Uhr vormittags, ein. Man wird versuchen, Herrn Schwarz von dieser neuen Sitzung fernzuhalten. Was geschieht, wenn heute der Klamauk weitergeht, weiß niemand.

Nachträglich erfährt man, daß im Kellertenrat über eine Erklärung verhandelt wurde, die Herr Schwarz abgeben sollte und wollte des Inhalts, er habe nicht gewußt, nicht verstanden usw. Aber über den Termin konnte man sich nicht einigen. Herr Wallraf wollte die Erklärung erst am Montag entgegennehmen und dann Herrn Schwarz pardonieren, während die Kommunisten den Zwischenfall schon am selben Tage erledigen wollten. Herr Wallraf blieb hartnäckig, daran scheiterte alles.

Man muß schon sagen, ungeschickter kann man nicht operieren, als es Herr Wallraf gestern getan hat. Er hat die Würde des Reichstags preisgegeben, in kritischster Zeit einen halben Tag nutzlos veran, dem Reich und dem Volk eine entsetzliche Klamage bereitet. Das ist der deutschnationale Reichstagspräsident, der Nachfolger Löbes, des besten Reichstagspräsidenten, den die Mittelparteien fallen lassen, um den Deutschnationalen einen Vorschub auf den Bürgerblock zu gewähren. Das ist der Bürgerblockpräsident, und seine Amtierung ist das Vorspiel zum Bürgerblock selbst.

Wozu hatten nun die Kommunisten den gestrigen Skandal aufgeführt? Man hatte die Vermutung, sie wollten sich alle der Reihe nach ausschließen lassen, um auf diese Weise die Zweidrittelmehrheit für die Dawes-Gesetze herbeizuführen und diesen Reichstag vor der Auflösung zu retten, die zu fürchten sie alle Ursache haben. Denn wo soll sich noch ein vernünftiger Arbeiter finden, der für diese total verblödete Klamauk- und Spektakelpartei seine Stimme abgibt? Konnte man doch gestern deutlich bemerken, daß sich selbst ein Teil der kommunistischen Abgeordneten des Treibens ihrer standhaftigen Kollegen schämten.

Auf alle Fälle aber ist gerade der Verlauf des gestrigen Tages ein klarer Beweis dafür, daß dieser Reichstag reif zur Auflösung ist. Ein Parlament, das sich in einer Situation wie der gegenwärtigen unter den Augen der ganzen Welt auf solche Weise blamiert, ist reif zum Verschwinden.

Was sich inzwischen hinter den Kulissen abspielte, war zum mindesten ein ebenso großer Skandal wie das erbärmliche Schauspiel, das sich vor ihnen abrollte. Vor ihnen der Volkspartei traten an die Deutschnationalen heran, um ihnen den Eintritt in die Regierung und die schleunige Verabschiedung der Schutzollvorlage zu versprechen, falls sie der Annahme der Dawes-Gesetze weiter keinen Widerstand entgegensetzten. Mit knapper Mehrheit war zuvor, wie schon im gestrigen Abendblatt gemeldet, im Kabinett beschloffen worden, die Zollvorlage noch zu dieser Tagung des Reichstages einzubringen, ein Beschluß, der bei den Demokraten und im Zentrum große Erregung hervorrief. Es ist infolgedessen zweifelhaft geworden, ob er überhaupt in Wirkung gesetzt werden wird.

Aber zunächst wurde der Speck freit und die am Brandenburger Tor aufgehängt, so breit und so dick, daß sich selbst die Deutschnationalen — so sollte man glauben — schämen mußten, nach ihm zu schnappen.

Nach den Erklärungen, die sie abgegeben haben, scheint

dies freilich ausgeschlossen zu sein. Die Deutschnationalen sind heute Sklaven ihrer eigenen Demagogie, sie haben sich in eine Lage gebracht, in der es für sie schimpflich ist, das Vernünftige zu tun. Sie können nicht ablehnen, ohne das Vaterland zu verraten, dessen Namen sie unnütz im Munde führen, sie können nicht annehmen, ohne als entlarvte Demagogen und Gesinnungslumpen vor ihren Anhängern dazustehen. Statt sie nun in ihrem Zeit schmoren zu lassen, die Situation, in die sie sich durch eigene Schuld gebracht, auszunühen, statt den Siegerpreis in ehrlichen Kampf zu suchen, laufen gewisse volksparteiische Politiker mit Bitten und Versprechungen hinter den Deutschnationalen hinterdrein und beschwören sie, für Zölle und Ministerportefeuilles ihre sogenannte Ueberzeugung zu verkaufen.

Daß dem so ist, bestätigt niemand anders als das Organ des Reichstagsbundes selbst, die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“, indem sie auch ihrerseits mitteilt, es habe „nicht an Versuchen gefehlt, auf die letzte Entscheidung der deutschnationalen Fraktion mit innerpolitischen Drohungen und Versprechungen einzuwirken“. Warum äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“ über das den Deutschnationalen angebotene Geschäft nicht noch deutlicher?

Es geht um die Gestaltung der deutschen Außenpolitik für Jahre, viellecht Jahrzehnte. Es geht um die Befreiung von Ruhr und Rhein, es geht um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes. Das Volk wartet auf die Entscheidung, und es hat das Recht zu verlangen, daß diese Entscheidung mit ehrlichen Mitteln und in würdigen Formen herbeigeführt wird. Und welches Schauspiel bietet ihm sein Reichstag in dieser Zeit? Halb als Karrenhaus erscheint er und halb als Trödelbude. Während ein paar Gassenjungen, die sich Volksvertreter nennen, einen unsinnigen Spektakel vollführen, ein deutschnationaler Präsident hilflos auf der Tribüne zappelt, wird mit Ueberzeugungen wie mit alten Hosen gehandelt. Glorreiches Ergebnis des glorreichen 4. Mai.

Wir Sozialdemokraten wollen das parlamentarisch-demokratische System, wir wollen einen Reichstag, der seine Würde zu wahren weiß, wir wollen einen klaren, ehrlichen Kampf. Wir wollen die Befriedung Europas durch die Annahme des Londoner Vertrages, wir wollen die Befreiung des besetzten Gebietes, wir wollen den Schutz des arbeitenden Volkes vor Ueberarbeit und Brotwucher — und darum wollen wir diesen Reichstag nicht mehr, der sich in wenigen Monaten mehr abgenutzt und beschmutzt hat als irgendeiner vor ihm!

Die Reichstagsitzung am gestrigen Freitagnachmittag hatte eine große Menge angezogen. Etwa 500 Personen, die Eintrittskarten nicht erlangt hatten, umfüllten die Straßen vor dem Gebäude, um die bekannten Politiker ankommen zu sehen. Die Tribünen des großen Saales waren dicht besetzt. Der Sitzungsbeginn verzögerte sich, weil der Kellertenrat noch einmal zusammengetreten war, um über die Geschäftsfrage zu beraten. Die Freilassung des Sonnabendens von einer Plenarsitzung, die angesprochen worden war, wurde im Kellertenrat bestätigt. Der Auswärtige Ausschuss wird auch am Sonnabend noch über die Gesetze zur Ausführung der Londoner Abmachungen beraten.

Präsident Wallraf eröffnete die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Zunächst wurden als Beisitzer im Staatsgerichtshof gewählt die Abgg. Graf von Werwoldt (Dnalk.) und Löbe (Soz.), als Stellvertreter Dr. Schetter (Ztr.) und Kah (Komm.). (Heiterkeit.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung „beantwortet“ Abg. Kah (Komm.), weil eine Erklärung über die Auslieferung des deutschen Volkes an das internationale Kapital auf der Tagesordnung stehe, statt dessen auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Ueberleitung der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände der Arbeiter“. (Schallende Heiterkeit.) Ferner beantragt er einen von den Kommunisten eingebrachten Gesetzentwurf über Sozialisierung, ihren Antrag gegen die Richter des Staatsgerichtshofes, namentlich gegen Präsident Riedner, ihre Interpellationen über die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes, über die bayerische Polizei und über Roste zu behandeln. Er beantragt ferner, sofort nach der Regierungserklärung in die Debatte einzutreten und unmittelbar nach dieser Aussprache den Reichstag aufzulösen. (Ironische Bravourse bei der Mehrheit.) Wir befinden uns damit in Uebereinstimmung mit unseren Brüdern jenseits des Rheins. Mit ihnen bekämpfen wir diesen Versklavungsvertrag. Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter gegen die Ausbeuter in Deutschland wie in Frankreich! (Händeklatschen bei den Komm.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Als jedoch Reichszankler Marx an das Rednerpult tritt, erhebt sich der übliche kommandierte Kommunistenchor. Sie rufen im Chor: Amnestie! und lassen auch den Präsidenten nicht zum Wort kommen.

Präsident Wallraf schließt, nachdem er den Abg. Dr. Schwarz-Berlin (Komm.) mehrmals zur Ordnung gerufen hat, diesen wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses von der Sitzung aus-

Dr. Schwarz verläßt jedoch auch auf wiederholte Aufforderungen des Präsidenten den Saal nicht. Präsident Wallraf stellt das, während der Lärm der Kommunisten fortbauert, fest, und unterbricht die Sitzung auf fünf Minuten.

Während die meisten Abgeordneten den Saal verlassen, verstimmen allmählich die Rufe der Kommunisten.

Nach fünf Minuten eröffnet Präsident Wallraf die Sitzung von neuem mit der Feststellung, daß Abg. Dr. Schwarz durch seine Belagerung den Saal zu verlassen, und die dadurch notwendig gewordene Unterbrechung sich den Ausschluß auf acht Tage zugezogen hat. Da Abg. Dr. Schwarz sich weiter weigert, den Saal zu verlassen, stellt Präsident Wallraf ferner fest, daß Dr. Schwarz sich nunmehr einen

Ausschluß von den Sitzungen auf 20 Tage

zugezogen habe. Der Präsident beruft den Kellertenrat ein und beraumt die nächste Plenarsitzung auf 5 Uhr an.

Abg. Dr. Schwarz (Komm.) bleibt auch während dieser Pause auf seinem Platz.

Erst um 6 1/2 Uhr eröffnet Präsident Wallraf die Sitzung wieder und erklärt: Inzwischen hat sich mit dem von mir verfügen Ausschluß gegenüber dem Abg. Dr. Schwarz-Berlin der Kellertenrat beschäftigt. Er ist in seiner übergroßen Mehrheit zu dem Ausschluß gekommen, die vom Präsidenten getroffenen Maßregeln zu billigen. Es ist mir aber während der Sitzung versichert worden, daß die tatsächlichen Voraussetzungen, von denen meine Rechnungen ausgegangen sind, verschieden beurteilt werden können und vielleicht nicht so schwer wiegen, wie ich annehme. Vor allem wurde mir gesagt, daß Abg. Dr. Schwarz meine Weisungen nicht verstanden habe. (Lachen rechts. Sehr wohl! links.) Ueber diese Dinge werden vielleicht infolge eines Antrags oder eines formellen Einspruchs des Herrn Dr. Schwarz das Haus oder sein Präsident sich zu entscheiden haben. Heute ist trotz meiner Ausweisung der Abg. Dr. Schwarz noch zur Stelle. (Rufe bei den Komm.: Jamahl!) Ich bin nicht in der Lage, unter diesen Umständen die Verhandlungen zu leiten, und beabsichtige daher, eine neue Sitzung anzuberaumen, da die Geschäftsordnung nach meiner Auslegung mir nicht das Recht an die Hand gibt, den Abg. Dr. Schwarz zwingungsweise zu entfernen, und zwar für morgen vormittags 10 Uhr mit der gleichen Tagesordnung wie die heutige. Sollte aus dem Hause eine andere Meinung laut werden, so bitte ich, meine Erklärung entgegenzunehmen, daß ich, so lange Herr Dr. Schwarz entgegen den bestimmten Weisungen des Präsidenten und des Kellertenrats im Hause bleibt, meinerseits die Geschäfte nicht führen kann. (Abg. Schöpplin (Soz.): Kopulieren Sie doch nicht vor einem solchen Karren!) Es liegen Abänderungen zur Geschäftsordnung vor. Ich habe jedoch bereits erklärt, daß ich die Geschäfte nicht führen kann, so lange Herr Dr. Schwarz im Saale weilt. Ich beraume daher die nächste Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr vormittags an. (Bravo! rechts.)

Schluß 6 Uhr 38 Minuten.

Der hartnäckige Präsident.

Der Fall Schwarz im Kellertenrat.

Ueber die Verhandlungen des Kellertenrats in der Frage der Ausweisung des kommunistischen Dr. Schwarz hören wir:

Präsident Wallraf rechtsergütig zunächst die Ausweisung mit dem Hinweis darauf, daß Dr. Schwarz sich den Wahnungen zur Ordnung und der Ausweisung nicht gefügt habe. Von der Mehrheit der Parteien wurde anerkannt, daß die formelle Berechtigung des Präsidenten zu seinem Vorgehen unbestreitbar sei. Die Kommunisten erklärten, Dr. Schwarz habe in dem allgemeinen Lärm die Erklärungen des Präsidenten nicht hören können, insbesondere nicht die erste Aufforderung zum Verlassen des Saales. Man habe den Präsidenten erst in dem Augenblicke verstehen können, wo er erklärte, da sich Dr. Schwarz dem ersten Ausschluß nicht gefügt habe, sei er nunmehr für acht Sitzungstage ausgeschlossen. Die Kommunisten Kah und Roenen hätten sofort nach dieser Erklärung versucht, mit dem Präsidenten zu verhandeln, damit der Kellertenausschuss einberufen werde. Der Präsident habe dies scharf abgelehnt mit der Erklärung, diesmal werde er scharf durchgreifen. Die Ablehnung der Verhandlung wollten die Kommunisten darauf zurückführen.

Daß der Präsident als Deutschnationaler die Annahme des Dawes-Gesetzes durchsetzen und dennoch seinen Parteifreunden die Ablehnung dadurch ermöglichen wolle, daß er die kommunistische Opposition durch Ausschüsse von der entscheidenden Abstimmung fernhält.

Auf diese Weise könnten die Deutschnationalen mit Nein stimmen, und die notwendige Zweidrittelmehrheit wäre dennoch gesichert und die Reichstagsauflösung würde vermieden.

Der Vertreter der Nationalsozialistischen Fraktion erklärte daraufhin, es müsse allerdings unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß an der entscheidenden Abstimmung über die Dawesengesetze jeder Abgeordnete teilnehmen könne. Die Disziplinarbefugnis des Präsidenten dürfe in dieser hochpolitischen Frage nicht zu einer künstlichen Schwächung der Opposition führen. Um die volle Präsenz der Abgeordneten bei der entscheidenden Abstimmung zu sichern, sei es wünschenswert, daß der Fall Schwarz durch ein Kompromiß erledigt werde.

Von den einzelnen Parteien wurden nun verschiedene Einigungsvorschläge gemacht, Präsident Wallraf lehnte jedoch

zunächst jedes Kompromiß ab, bevor nicht Dr. Schwarz den Saal verlassen und durch eine ausdrückliche Rundgebung des Reichstags festgesetzt sei, daß der Präsident bei seinem Vorgehen im Rechte gewesen sei.

Von deutschnationaler Seite wurde der Präsident aufgefordert, rücksichtslos durchzugreifen, den Saal und die Tribünen räumen zu lassen, damit dann der alleinige Abg. Dr. Schwarz durch Polizei aus dem Saale entfernt werden könne.

Präsident Wallraf erklärte darauf wiederholt, er lehne es unbedingt ab, mit Polizeigewalt einzuschreiten. Wenn Dr. Schwarz nicht den Saal verlasse, müsse die Sitzung auf morgen verlagert werden.

Ein demokratischer Redner wandte sich entschieden gegen eine Verlagerung. Die Demokraten würden dem Präsidenten unterstützen, wenn er auf einen Einigungsvorschlag eingehe, sie würden ihn auch unterstützen, wenn er schatz durchgreife; aber in der jetzigen politischen Situation dürfe unter keinen Umständen die Sitzung auf morgen verlagert werden.

Von mehreren Parteien wurde in Übereinstimmung mit den Kommunisten folgender Einigungsvorschlag gemacht: Abg. Dr. Schwarz solle dem Präsidenten brüßlich mitteilen, er habe seine erste Ausschlußverfügung nicht gehört, werde aber nunmehr die heutige Sitzung verlassen. Der Präsident solle darauf erklären, er habe sein Vorgehen nach wie vor für berechtigt, wolle aber mit Rücksicht auf die Erklärung des Abg. Dr. Schwarz und um die ordnungsmäßige Abstimmung über die Gutachten zu sichern, die nach dem ersten Ausschluß erfolgten Maßregeln zurücknehmen.

Präsident Wallraf war zu einer solchen Erklärung bereit, wollte sie aber erst in der Montagtagung abgeben. Die Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Parteien beifolgend jedoch darauf, daß die Einigung in dieser Form schon in der Freitagtagung erfolgen müsse.

Damit war Präsident Wallraf nicht einverstanden, und so scheiterte die Einigung.

Er verlangte, daß Dr. Schwarz heute die Sitzung verlasse, dann würde er nach Eingang des Schreibens von Dr. Schwarz am Montag beim Beginn der Sitzung die Maßregelung zurücknehmen. Daraus scheiterte die Einigung, da die Kommunisten ihr Mitglied Dr. Schwarz nur dann zum Verlassen des Saales bewegen wollten, wenn der Fall noch in der Freitagtagung endgültig erledigt würde.

Einpruch des Abg. Dr. Schwarz.

Dem kommunistischen Abg. Dr. Schwarz ist am Freitagabend die Ausschlußverfügung für 20 Reichstagsmitglieder schriftlich zugestellt worden. Er hat darauf an den Präsidenten folgenden schriftlichen Einspruch gerichtet:

„Gegen welchen Ausschluß aus der heutigen Sitzung erhebe ich hiermit auf Grund des § 22 der Geschäftsordnung Einspruch. Ich habe aus dem Munde des Präsidenten weder meinen Namen noch überhaupt einen Ordnungsruß gehört. Ich habe auch keine Aufforderung an mich gehört, den Sitzungssaal zu verlassen. Aus diesem Grunde konnte ich auch selbstverständlich der Aufforderung des Präsidenten keine Folge leisten. Ferner stelle ich fest, daß irgendeine Verletzung zu einem Ausschluß von mir nicht vorgelegen hat, da ich nur mehrere Male gerufen habe: „Amnestie, wann werden die 7000 politischen Gefangenen befreit werden?“ Diese Ruße rechtfertigen meiner Ueberzeugung nach einen Ausschluß nicht. Da diese Ruße ohne Zweifel weder eine „Verletzung der Ordnung“ (§ 89 der Geschäftsordnung) noch nach § 91 der Geschäftsordnung „eine gröbliche Verletzung der Ordnung“ bedeuten, so erlaube ich, meinen Ausschluß rückgängig zu machen.“

Die kommunistische Reichstagsfraktion nahm nach am Freitagabend in einer Sitzung zu dem Ausschluß ihres Mitgliedes Dr. Schwarz Stellung. Sie beschloß, den schärfsten Protest gegen das Vorgehen des Präsidenten einzulegen, insbesondere sich das Recht, demonstrierend aufzutreten, in keiner Weise beschränken zu lassen.

Änderung der Geschäftsordnung?

Spät abends hielten noch Vertreter der drei Koalitionsparteien eine Sitzung ab, um Änderungen der Reichstagsgeschäftsordnung vorzubereiten, die eine ruhige Abwicklung der Geschäfte des Parlaments gewährleisten sollen.

Die Redner der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als Redner für die Beratung der Sachverständigen Gesetze im Reichstag folgende Genossen bestimmt: Dillerding, Keil, Schumann, Robert Schmidt, Toni Sender und Sellmann.

Bettenparade auf dem Paradesfeld

Von Elvira Rosenberg-Sturm.

Tempi passati — vergangene Zeiten. Alles ändert sich dabei, die Dinge und ihre Bestimmung. Auf dem Tempelhofer Feld, wo ehemals der Stehschritt der Berliner Preußengarde dröhnte vor „Ihm“, die Sonne die Aufgabe hatte, dem Hohenzollernweiser Glanz zu verleihen, daß Golefildereien, Ordenssterne, Epauketten, Bandeliers funkelten und glitzerten, um Proletenaugen zu blenden und etwa nachdenkende Gehirne zu dörren im Paraderummel, da machen heut Proletarierbetten Parade. Die Aufgabe der Sonne hat gewechselt, sie muß Bazillen töten, die noch aus winterlichen Erklärungen herkommen. Neulich zählte ich vorn herum zwölf Familien-Federanatorien. Just an der einsamen Pappel sonnt ein steinalt Mütterlein mit einer Rinderschar. Da — wo der Altburchlauchsigste, Allerhöchste gnädige Herr, der Herr der Gärten und aller übrigen Preußen, herabschaute nach seinem berühmten Ausspruch: „Ich sah herab von meinem Thron auf das Gehudel unter mir.“ Entweicht, der heilige Ort —!

Das Gehudel hat Besitz genommen von „Seinem Paradesfeld“, wo junge deutsche Menschen, in die bunten Affenjacken einer Dynastie gezwängt, in glühendem Sonnenbrand Parade vormachten, Qualen schwanden und verdursteten in der edlen Vorküche des Völkermörders. Sprödel! Das Volk deutscher Großstädte läßt niemand mehr auf dem Tempelhofer Felde Stehschritt klopfen. Es wird keine Menschenlampen mehr erleben, die dort in uralter Menschenkehlchtheit des „Ueber-sich-hinaus“ im Wahn ausscharrten, es auf Fürsenthronen im blauen Biute zu finden. Freilich, manch einer stand damals schon, um das einzige Edle dabei, die Pferde, zu bewundern, und manch eine, um einen Blick zu werfen in die Prinzessinnenwagen, wo mit Gala festliches Frauenelend überglänzt wurde, das die pekuniäre, dynastische, politische Verkuppelung den Anfall aufgebaut hatte. Viele von denen haben sicher aufgäekmet. Hat die Umwälzung denen doch ein gut Stück wirklicher Menschenfreiheit gebracht. Der Gothaer Hof- und Adelsständer berichtet von gerabezu vormals grotesk anmutenden Chovorschmelzungen. Der demokratische Bagillus plebeischer Gleichmacherei grassiert bereits als beginnende Seuche unter ihnen. Aber auch die Söhne derer, die vom Tempelhofer Feld in „Allerhöchste“ glänzender Suite mit wallenden Federbüscheln die Fahnen zum Schloß ritten, emancipierten sich schnell. Wie sie sich aufhäufen im Gothaer die American Girls! Nachgekommenen Töchter doch von manchem notorischem Logedieb, Wagnard, Gauner (kann ein ehrlicher, braver Kerl überhaupt reich werden?), der in die Neue Welt geflohen oder geschickt worden war. Schwamm drüber.

Sie sonnen ihre Betten. Auf allen möglichen herabgeleiteten Behältern sind sie hinausgebracht. Wie das Wände spricht! Nicht ein bißchen Licht, Luft, Raum, um zu Hause Staub und Dunst der

Die Haltung der Deutschnationalen.

Eine Korrespondenz teilt mit:

Die maßgebenden Führer der Deutschnationalen Reichstagsfraktion wenden sich gegen die Interpretation, die der gestrige deutschnationalen Fraktionsbeschluss gefunden hat, als wäre damit immer noch die Möglichkeit zu einem „Umsturz“ offengeblieben. Sie betonen demgegenüber, daß die Deutschnationalen Fraktion das Dames-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Beschlüsse unbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus außenpolitischen Gründen ablehnen werde. Anders könne auch der Fraktionsbeschluss gar nicht ausgelegt werden, denn er beziehe sich ausdrücklich auf die früheren Beschlüsse und Erklärungen der Fraktion, die die Ablehnung des Londoner Verhandlungsergebnisses klar ausgesprochen.

Die Deutschnationalen haben für Sonnabend die Vertreter ihrer Parteiorganisationen im besetzten Gebiet nach Berlin berufen. Der Vorsitzende der deutschnationalen Parteiorganisation im Kreise Hersfeld hat dem sozialdemokratischen Reichstagsabg. Schnabrich bei dessen Abreise nach Berlin offiziell erklärt, er möge dem deutschnationalen Vertreter des Wahlkreises Lind sagen, wenn er gegen die Annahme des Londoner Abkommens stimme, brauche er sich im Kreise Hersfeld nicht mehr sehen zu lassen. Genosse Schnabrich hat diese Mitteilung der deutschnationalen Reichstagsfraktion übermitteln.

Lehnen sie ab?

Der Eindruck in Paris.

Paris, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht, daß die Deutschnationalen die Ablehnung der zur Durchführung des Dames-Planes nötigen Beschlüsse beschlossen haben, gibt den politischen Kreisen zu lebhaften Kommentaren Anlaß. Die Blätter allerdings geben zunächst die Meldungen ihrer Berliner Korrespondenten ohne eigene Meinungsäußerung wieder. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die Deutschnationalen ihr letztes Wort noch nicht gesprochen haben, daß es sich vielmehr um ein Manöver handle, um der Regierung neue Zugeständnisse abzupressen. In linksstehenden Kreisen gibt man der Erwartung Ausdruck, daß das Kabinett Marx-Stresemann sich nicht einschüchtern lasse und vor der Auflösung des Reichstages nicht zurückschrecken werde. Es zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß seit der Begegnung zwischen Marx und Herriot in London das Vertrauen in die Loyalität der deutschen Regierung und in die Aufrichtigkeit ihres guten Willens, den Dames-Plan durchzuführen, beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Man wird daraus schließen dürfen, daß die Hinausschiebung der Ratifikation der Londoner Beschlüsse, die deutsche Neuwahlen im Gefolge haben müßten, auf französischer Seite nicht auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Neue Beisitzer zum Staatsgerichtshof.

Ein Deutschnationaler und Iwan Kay als Schützer der Republik.

Der Reichstag wählte am Freitag als Beisitzer für den Staatsgerichtshof zum Schütze der Republik den deutschnationalen Grafen von Rorveldt und den Genossen Eöbe. Große Beiterkeit löste es aus, daß sich unter deren Stellvertretern neben dem Zentrumabgeordneten Dr. Schetter der Kommunist Kay befindet, einer der schärfsten Bekämpfer des Staatsgerichtshofes und der von ihm gefällten Urteile.

Zentrum und Bayerische Volkspartei. In der bayerischen Presse mehren sich die Stimmen, die auf eine Annäherung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum hindeuten. In diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel die deutschnationalen „Augsburger Abendzeitung“ und die sozialistische „Münchener Post“. Der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, weist diese Stimmen nicht zurück, was man als Voraussetzung einer Annäherung und Wiedervereinigung deuten kann.

Das neue Reichswahlgesetz.

Der Reichsrat hat gestern die Novelle zum Reichswahlgesetz nach den Beschlüssen der Reichsratsausschüsse angenommen. Die Abgeordnetenzahl wird fest auf 399 festgesetzt. Auf je 75 000 Wähler entfällt ein Abgeordneter. Wird die Zahl nicht erreicht, so findet Ergänzung aus dem Kreiswahlvorschlag statt, wird sie überschritten, Abstrich von der Reichswahlliste. Ein Wahlkreis soll nicht mehr als 380 000 Einwohner haben, so daß die Wahlvorschläge höchstens zwei Kandidaten umfassen. Darin liegt eine Abkehr vom Listenwahlssystem.

Der Staatsanwalt und die Völkischen.

Ein merkwürdiger Bescheid.

Dresden, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Dresdener Nationalsozialisten veranstalteten vor vier Wochen eine Rundgebung gegen das Sachverständigen Gutachten. Dabei führte der Redner, ein Rechtsanwalt Dr. Budeley aus München, in seinem Referat u. a. aus:

„Das Gutachten ist durch die Zentrale für Heimatdienst in einem Auszug verbreitet worden, in dem die schädigenden Stellen von der Regierung absichtlich unterschlagen worden sind. Dieses Nachwort ist eine absichtliche Fälschung der deutschen Regierung, der Kaufmann würde sagen: ein geschmeihtes Muster. Diese Regierung hat kein Schamgefühl für deutsche Interessen. Ein Generalstreik der Eisenbahner als Protest gegen dieses Gutachten wäre eine nationale Tat.“

Von privater Seite war gegen Dr. Budeley wegen dieser Ausführungen Strafantrag gestellt worden. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat aber jetzt dem Antragsteller mitgeteilt, daß das Verfahren wegen Beleidigung der deutschen Regierung eingestellt worden sei, da der zur Strafverfolgung erforderliche Strafantrag von dem Reichsanwalt nicht gestellt worden ist.

Gegenüber diesem mehr als merkwürdigen Bescheid der Dresdener Staatsanwaltschaft bleibt vor allem die eine Frage offen: hat es der zuständige Staatsanwalt überhaupt für notwendig gefunden, das Anklagenmaterial den Berliner Stellen zu übermitteln, wie das doch unbedingt seine Pflicht gewesen wäre und wie es jeder Staatsanwalt im kaiserlichen Deutschland schon mit Rücksicht auf seine Karriere getan hätte?

Präsident Calles in Berlin.

Der mexikanische Staatspräsident Calles ist gestern, Freitag, nachmittag in Begleitung der Gefandten Regulos in Deutschland, Belgien und Norwegen sowie seiner Tochter und einer Anzahl mexikanischer Konsuln, Parlamentarier usw. auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen und vom Reichspräsidenten, dem Reichsanwalt, dem Außenminister, dem preussischen Ministerpräsidenten u. a. m. feierlich empfangen worden. Eine Reichswehrkompanie erwies militärische Ehre.

Präsident Calles, der schon beim Festmahl des Hamburger Senats seine besten Wünsche für Deutschland ausgesprochen, hat, wie unser Hamburger Berichterstatter meldet, am Donnerstag eine mehrstündige Aussprache mit den Vertretern des Ortsausschusses des A.D.S.B. Hierbei erklärte Calles, daß er den besondern Auftrag der mexikanischen Gewerkschaften habe, der deutschen Arbeiterbrüderliche Grüße zu übermitteln. Er fühle sich aufs engste mit den Gewerkschaften Regulos verbunden und sehe in einer starken Arbeiterbewegung die stärksten Garantien für einen Frieden, kulturellen Aufbau und gegen den Krieg. General Calles ließ sich dann von Vertretern des Verkehrsministeriums, des Staatsarchivministeriums und des Reichsanwalts und Heizerverbandes die sozialen Einrichtungen und die Arbeitsverhältnisse besonders im Hamburger Hafen schildern.

Beim Festmahl in Berlin hielt der Reichspräsident eine Ansprache, in der es heißt:

Es ist das erste Mal, daß das Staatsoberhaupt von Mexiko Deutschland besucht. Die Freundschaft unserer beiden Völker ist begründet auf der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung für die alten und ehrwürdigen Kulturen beider Länder, bekräftigt durch die gemeinsamen demokratischen Prinzipien unserer

Barrabas.

Eine kurze Predigt von Paul Guimann.

„Und da sie verammelt waren, sprach Pilatus zu ihnen: Welchen wollt ihr, daß ich euch freigebe? Barrabas oder Jesus, von dem gesagt wird, er sei Christus? Denn er wußte wohl, daß sie ihn aus Neid überantwortet hatten. Da schrien sie alleamt und sprachen: Nicht diesen, sondern Barrabas. Barrabas aber war ein Mörder.“

So wie es hier die Evangelisten in schlichter Sprache mitteilen, sehen wir, daß Christus immer wieder ausgeliefert wird und daß ein Mörder statt seiner loskommt. In Ungarn erfreut sich Barrabas der Freiheit, und die Hyänen, die Matteotti, den wahren Christen, zerfleischt haben, frohlocken unter der Gunst einer verdrehten Herde.

Wer ist Barrabas? Das Tier, das über die Idee triumphiert, das in jedem Diener des Gemeinwohls seinen Feind erblickt und die Zähne gegen ihn steift, der Anbeter des Mammons, der ewige Vultauger. In tausend Masken schleicht er umher, nennt sich Antisemit und ist Antichrist, rühmt sich national zu sein und ist Verräter an seinem Volk, begeht Mord und sucht auf den angelegten Dolchstoß der zu Tode Wehnen. Er nimmt Geld vom Staat und unterwirft seine Grundbesitzer, speit auf die Autorität und lobhudelt seinen Kumpanen, ist mutig bloß gegen Wehrlose.

Als Barrabas gefehen hatte, daß die verblendete Menge Jesum ans Kreuz haben wollte, wuchs sein Selbstgefühl und er begann seine Herrschaft durch alle Zeitalter zu begründen. Immer war er gegen die Geknehten, die ihn schonen, immer hielt er es mit den Mächtigen, den Schändern des Gottesgedankens. Wo das Volk in Fesseln lag, behrte er es gegen seine Befreier und triete mit ihm vor seinen Peinigern.

Seegrass-Farmen.

Ein neuer Industriezweig ist an der kalifornischen Küste gegründet worden, dem man den Namen „Marikultur“ gegeben hat. Dadurch tritt der „Anbau“ des Meeres neben den Ackerbau. Es sind riesige Farmen von Seegrass, bis man in Kalifornien geschaffen hat, denn man hat hier den großen praktischen Wert des Seegrasses erkannt. So ist in kaum fünf Jahren die kalifornische Seegrassfarm zu einem der wichtigsten Ertragsgebiete an der Küste des Stillen Ozeans geworden. Es werden jetzt jährlich mehr als eine halbe Million Tonnen von diesen Pflanzen geerntet, die man bis vor kurzem noch für fast nutzlos hielt. Durch neue Verbesserungen hofft man die Ernte bis auf 2 Millionen Tonnen im Jahr zu steigern. Die Wissenschaft hat uns in den Stand gesetzt, eine Anzahl wichtiger Erzeugnisse aus dem Seegrass zu gewinnen, so z. B. Kaff, Dünger, Viehfutter, Isoliert, die in Geweben versponnen werden und als Isoliermaterial dienen, sowie schließlich „Agar-agar“, eine aus Seegrass gewonnene haltbare Gallerte, die als Ersatz von Gelatine zu Arzneimitteln und auch als Nahrungsmittel verwendet wird. Agar-agar, ein farb-, geruch- und geschmacklos Stoff, gibt als die beste Nahrung für Mikroben, die darauf gezüchtet werden können; aber auch sonst wird es für Medizin verwendet und auch Suppen und Gelees zugefügt. Ein anderes Seegrassprodukt ist eine Art von Filzklein oder Haufenblase, die für photographische Filme und ähnliches benutzt wird. Die wichtigste Seegrassart für die Industrie

engen Wohngelegenheit herauszubringen! Betten haben wie kein anderes Inventar der Menschheit die Geschichte; von der Wiege bis zum Grab in Generationen hinein. Beim Proleten ist sie schnell erzählt. Das karge bißchen Glück, bis das erste Kind kam; dann wühen die jungen Frohnächte den vielen der Sorgen, Not, der Krankheit, müden Alters über verwünschte Geburten zum ersehnten Tode.

Doch halt, hier vorn tanzt einer außer der Reihe. Neben einem tadellos aufgestellten Handwagen steht er im weißen Seglerhemd, breitbeinig, die Pfeife im Munde, so recht Proh neben den funkelnelneuen Betten, Marke „Inflation“ oder so. . . . Den kennst du doch —? Ah, er kam, man weiß nicht woher. . . . Kaufte sich die große Borgartenkei, unsere Kei. Renovierte auf Nord. Wir wußten gar nicht, wie uns geschah, so neu, so sorgfältig, säßten uns kaumoh, — bis er uns eines Tages im traurigen Biedermeierton erklärte, „es verkehrte jetzt soviet Bürgerertum bei ihm, und da wäre es wohl besser für „uns“, wenn wir uns ein anderes Tagungstokal suchten.“ . . . Auf meinem Blick steht er hüde um die Ecke. Der blieb der Tradition des Festes treu, macht Parade mit den neuen. . . . Die anderen Familienruhelassen dokumentieren ihren Besitzern nur ein Leben voller Mühe und Arbeit ohne die immer notwendige Pause zum Groß-Lüften. Grau im Grau breiten sie ihre stummen Flächen in Anklageparade zum Himmel aus. Ich lenkte die Schritte zur Pappel S. W., zu dem alten Großmütterlein. Stumpf hocht sie da. . . . Immer daselbe. . . . Das letzte, wozu die Alten noch taugen: Kindererwahren. Das Rutenste schlößt in ihrem Arm. Dieses Mal ist es die wirkliche Großmutter; man sieht es an den Enten. Und die Betten scheinen auch die rechten der Familie. Man erkennt es an den sonderbaren grob gewürfelten Bezügen, so gar nicht von hier.

Ich stelle die Frage. Die Alte lachert leise. . . . Nach einer Weile murmelt der zahnlöse Mund: „So, so, bei' Brieg'sche. . . .“ Ich fühle den Bezug, selbstgeponnen und selbst gewebt, noch immer fest. Mißtraulich kommt die Fünfjährige: „Wasen Sie mal! Des is Urgrömmutter. Die kann nich mehr so! Wird oll achzig.“ Wehmütig berührt mache ich lehr. Denke, unwillkürlich die Gesichtszüge der Alten vergegenständlichend, wie sie vor einem halben Jahrhundert als junge Frau, ehe es mit blauen Hüßen auf die Grünmähde ging, die Betten in schließliche Sonne legte und mit stolzen Blicken ihrer Hände Fleiß überlag, sich weidete, wie so lustig vom tiefen Indigoblau des knalligen Weiß sich abhob. Temp! passati. . . . Nur Mühe und Arbeit blieb, unergänglich. Und doch kann sie noch von Glück sagen, daß kein Gendarm mehr auf dem Tempelhofer Feld ihr das bißchen Sonnen und Sonne freitilg macht, ihr und — den Urrenten.

Der dritte Belegierete, verankelt von der Landberg Kunst- und Buchhandlung, ist dem Verlag „Der Sturm“ gemeldet. Er findet Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, in der „Kampfe“, Kurfürstendamm 82, statt.

sozialistischen Einrichtungen. Ihr Besuch fällt in eine Zeit, in der das deutsche Volk nach schwersten Prüfungen in harter Arbeit versucht, sein nationales Leben wieder aufzubauen. Sie finden hier ein Volk, das bestrebt ist, getreu seinen besten Traditionen, sein Leben einzurichten auf den hohen Prinzipien der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit für alle Schichten, den Austausch geistiger und wirtschaftlicher Güter zu fördern und so dem kulturellen Fortschritt zu dienen. Die Hilfsbereitschaft der westlichen Kreise des mexikanischen Volkes für die Notleidenden in Deutschland ist ein weiteres unerschöpfliches Mitglied in der Kette geworden, die die beiden Nationen verbindet. Wir bringen dem edlen mexikanischen Volke unsere besten Wünsche für eine glückliche Zukunft dar.

Präsident Calles dankte in spanischer Sprache mit herzlichsten Worten.

Vorbereitung der wirtschaftlichen Räumung.

Brüssel, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Leiter der belgischen Ingenieurkommission hat sich am Freitag nach Düsseldorf begeben. Die Reise hat angeblich den Zweck, die Liquidierung der wirtschaftlichen Verwaltung der Ruhr einzuleiten. Man spricht in hiesigen Regierungskreisen von einem sofortigen Abbau der Milcom-Organisation, der Pfänderkasse und der Hypothekenverwaltungen.

Vereitelter Abbau.

Eingreifen der Regierung in Fürstentum.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß, den sozialistischen ersten Bürgermeister, Genossen Stoll, abzubauen, rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurde der von früher beschlossene Abbau des sozialistischen Wohlfahrtsrats, Genossen Martin, zurückgenommen. Dafür hat der Magistrat seinen Widerstand gegen die Wiederbesetzung der Stelle des besetzten Beigeordneten (2. Bürgermeister) ausgegeben; ein unbesetzter Beigeordneter hätte ohnehin gewählt werden müssen. Die Stelle des Beigeordneten wird von den Bürgerlichen besetzt werden. Diesen Beschlüssen sind mehrere Auseinandersetzungen in der bürgerlichen Mehrheitsfraktion vorausgegangen. Der demokratische Stadtverordnetensprecher, Schultat Kühne, der sehr schnell eingesehen hatte, daß der Abbau wenigstens im Falle des ersten Bürgermeisters nicht gelingen werde, hat sich schließlich durchgesetzt. Die Frankfurter Regierung, aufs höchste befreudet über die Zuspitzung der kommunalen Verhältnisse in Fürstentum, hatte am letzten Montag den Oberbürgermeister Dr. Hermann vom Kommunalbezirk dorthin entsandt, der erfolgreich zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vermittelte.

Die völkische Einigung.

Weimar, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Mit der auf dem Parteitag der Nationalsozialisten beschlossenen Einigung der Völkischen hat es seine eigene Bewandnis. Die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Gruppen über die Politik der Partei sind so groß, daß sie kaum überbrückt werden können. Die Meinung, daß der Vorsitzende der Völkischen Bundestagsfraktion in Thüringen, Dr. Dinter, den Vorsitz niederlegt habe, muß immerhin dahin richtiggestellt werden, daß Dinter das Amt nicht niedergelegt hat, sondern dazu gezwungen worden ist in einer Sitzung, an der auch Ludendorff teilgenommen hat. Es handelt sich dabei um eine regelrechte Wahrnehmung. Bei Wiederzusammentritt des thüringischen Landtages wird die Nationalsozialistische Fraktion, an deren Spitze jetzt sehr unbedeutende Größen stehen, eine Erklärung über ihre neue Führerschaft abgeben, stehen, eine Erklärung über ihre neue Führerschaft abgeben. Ausgeschlossen erscheint es nicht, daß Dinter überhaupt zur Niederlegung seines Mandats als Abgeordneter des Thüringer Landtages veranlaßt wird, da er sich durch sein Drosselgängeramt und seinen unparlamentarischen Radikalismus die Sympathie selbst seiner Getreuesten verschert hat. Borerst ist er auf die Stufe eines völkischen Parteisekretärs herabgedrückt worden.

Verwertung ist der große Stützpunkt, der sich an fast allen Küsten findet und gewaltige Pflanzen hervorbringt. Von einer solchen Anpflanzung kann man drei, manchmal sogar vier Ernten im Jahr erhalten. Die meisten Pflanzen werden mit scharfen Messern geschnitten, die im Wasser arbeiten. Auf diese Weise können in der Stunde von fünf erfahrenen Arbeitern 30 Tonnen Seegras geerntet werden. Die kalifornische Regierung gestattet das Schneiden nur zu bestimmten Jahreszeiten. Die Anpflanzung von Seegras wird in Japan bereits seit uralten Zeiten getrieben, aber sie war niemals in so großem Umfang ausgeübt, wie es jetzt in Kalifornien der Fall ist. Das japanische Seegras ist viel kleiner als das kalifornische und wird von Taucherinnen gesammelt. Trotz dieser primitiven Methoden führt Japan jährlich große Mengen von Seegras und seinen Produkten aus. Die in Kalifornien entstandene „Rorikultur“ tritt jetzt als ein immer stärker werdender Konkurrent auf.

„Der hat die Welt noch nicht gesehen.“ Ein Mann, der noch nie einen Eisenbahnzug, ein Auto, eine elektrische Bahn gesehen hat, und dem selbst das Kind ein Buch mit sieben Siegeln war, ist kürzlich zu Woodwood in Bancaister eingeleitet. Dieses lebende Weltwunder ist dabei seines Zeichens sogar Verkehrsbeamter, nämlich Briefträger auf der Poststation von Saint-Nida, einer kleinen Insel im Westen der Hebriden. Er hat zum erstenmal in seinem Leben Urlaub genommen und die Insel seiner Wälder verlassen, um auf Festland zu gehen. Als er den ersten Straßenbahnwagen sah, war er zunächst unschlüssig, ob es nicht besser sei zu fliehen. Aber ein Automobil, das aus der entgegengelegenen Richtung kam, enthielt ihn dieser Ueberlegung. Der Briefträger fiel dem Erschauern ins Entsetzen und vom Vergnügen in maßlosen Schreck. Nicht minder aufregend war für ihn die erste Kinovorstellung; denn er konnte sich erst nach längerer Zeit davon überzeugen, daß die Gewehre und Kanonen, die auf der Leinwand abgefeuert wurden, für ihn keine ernste Gefahr bedeuteten. Uebrigens scheint dem Inselbewohner die Zivilisation nicht sehr imponiert zu haben; denn schon nach dem ersten Log seines Festlandaufenthalts lehrte er gern wieder in die Einsamkeit seiner Heimatinsel zurück.

Italienische Gespielen in Berlin. Eine italienische Operntruppe mit Solisten der Mailänder Scala wird im Oktober bei Antritt der „Gardie von Sevilla“, „Rigoletto“, „Trapatola“, „Tosca“ aufzutreten (gibt es gar keine anderen italienischen Opern?) — Eine andere Truppe wird unter Mascagni im Belodrom am Kaiserdamm Berlin „Kiba“ geben.

Was über Einstein geschrieben wurde. Der belgische Mathematiker Leonie Leuz, Professor an der Universität Löwen, gibt eine Bibliographie über die Schriften dieses, die von Einstein und seiner Relativitätstheorie handeln. Er verzeichnet nicht weniger als 3775 solcher Schriften. In Deutschland sind davon 1435, in England 1180, in Frankreich 600, in Italien 215 und in Holland 126 erschienen. 1175 Werke haben sich darin mit der Relativitätstheorie auseinandergesetzt, darunter 350 deutsche, 185 englische und 150 französische.

Eine deutsche Antarktis in Reichberg? Bei der Eröffnung der deutschen Hochalpinwoche in Reichberg erklärte der Rektor der deutschen Universität Prag, Dr. Goll, daß die Hochalpinisten und die Hochalpinisten davon einig seien, daß die deutsche Antarktis von Prag besetzt werden und nach Reichberg kommen muß.

Ein Griff in die Sebetmühle.

Ein kommunistisches Bekenntnis.

Der Sprecher der kommunistischen Reichstagsfraktion, Herr Iwan K a h, hat gestern unter Zustimmung der Schmutzeln der Rechten gegen die „Auslieferung des deutschen Volkes an das internationale Kapital“ gedonnert. Das hohle Pathos dieses Schmierkomödianten entsprach vollkommen der kläglichsten Rolle, die die kommunistische Partei übernommen hat: durch Schimpfen gegen den „neuen Sklavenvertrag“ und die „verräterische Sozialdemokratie“ den Rechtsparteien die Siegbügel zu halten. Duhende kommunistischer Wald- und Bienenredner drehen jetzt die neue Walze von der „Kolonisierung“ Deutschlands durch das amerikanische Kapital, von der gemeinsamen „Verschönerung des internationalen Kapitalismus“ gegen die deutsche Arbeiterklasse. Mit rührender Sorgfalt registriert die rechtsstehende Presse diese neuen kommunistischen Schlagwörter und setzt ihre letzten Hoffnungen auf die kommunistischen Bundesgenossen, wenn es infolge der Ablehnung der dem Reichstag vorgelegten Gesetze zu einem neuen Wahlkampf kommen sollte.

Wer die innere Verlogenheit der kommunistischen Agitation kennt, wird sich über ihre neue Schwindelpropaganda nicht wundern. Es ist immer die alte Geschichte: Wenn es sich darum handelt, im Kampfe gegen die Reaktion die gesammelte Kraft der Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen und aus der jeweiligen innen- und außenpolitischen Situation die größtmöglichen Erfolge für die gesamte Arbeiterbewegung herauszuholen, tritt stets die kommunistische Partei auf, um die Front der Arbeiterklasse zu zerbrechen, neue Verwirrung in sie hineinzutragen und einzelne ihrer Kreise auf die Bahn der Illusionen- und Katastrophenpolitik zu locken. Diese Erscheinung wiederholt sich auch jetzt. In einer Zeit, wo es tatsächlich um die nächste Zukunft Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse geht und wo es sich darum handelt, die günstigen Verschiebungen in der internationalen Politik im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaues der zerstörten europäischen Wirtschaft zu nutzen, wissen die kommunistischen Demagogen nichts Besseres, als mit dem Fanatismus tibetanischer Mönche ihre Sebetmühlen zu drehen und die Arbeiterklasse von dem Weg einer erfolgreichen realistischen Politik abzudrängen. Kein Wunder, daß die Zahl der ihrer Verantwortung bewußten kommunistischen Funktionäre, die diese volkshäuslerische Politik nicht mitmachen wollen, mit jedem Tage zunimmt.

Wir hegen die feste Erwartung, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterklasse schließlich auch diese inneren Hemmnisse überwindet, und daß gerade die demagogische Haltung der kommunistischen Partei in der jetzt zur Entscheidung stehenden Frage die innere Hohlheit und Brüchigkeit ihrer ganzen Bewegung erweisen wird. In den ersten kommunistischen Kreisen sieht man diese Gefahr sehr wohl ein. Dort ist man sich dessen bewußt, daß eine neue weltpolitische Situation eingetreten ist, die der kommunistischen Hochkonjunktur ein Ende bereitet und einem neuen Aufstieg der Sozialdemokratie die Wege ebnet. So schreibt der wirtschaftliche Sachverständige der kommunistischen Internationale, Professor E. Barga, in der Moskauer „Pravda“ vom 15. August:

„Die Londoner Konferenz bedeutet, daß der Versuch der internationalen Bourgeoisie, die Reparationsfrage in Form des Sachverständigenplanes gemeinsam zu lösen, praktische Formen angenommen hat. In diesem Sinne bedeutet die Konferenz einen Wendepunkt in der europäischen Politik.“

Ueber die voraussichtlichen Folgen dieser neuen Phase der Reparationspolitik heißt es in demselben Artikel:

„Die Durchführung des Dames-Planes wird die demokratisch-pazifistischen Tendenzen in allen beteiligten Ländern verstärken. Wir sehen den Zerfall des deutschen Faschismus, den die deutsche Bourgeoisie jetzt nicht mehr braucht.“

Allerdings macht Prof. Barga Vorbehalte und warnt vor der Illusion, daß durch die jetzt ergriffenen Maßnahmen die Weltwirtschaftskrise abgewendet sei:

„Das Wachstum der Arbeiterpartei (in England), sowie des französischen Linksblocks und der deutschen Sozialdemokratie wird sich weiter fortsetzen, aber diese Illusion wird nicht lange aufrechterhalten werden können. Die auf der Londoner Konferenz angenommene Lösung der Reparationsfrage entscheidet keineswegs das Problem der Weltwirtschaftskrise, insbesondere der speziellen Krise der osteuropäischen Industrie. Die Freunde der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Pazifisten wird von kurzer Dauer sein. Die Verwirklichung des Dames-Planes wird die deutsche Industrie vor einer neuen Krise schützen, die Periode der Stabilisierung der deutschen Marktverhältnisse und deshalb die Wiederholung der akuten revolutionären Situation vom Jahre 1923 hinauszögern. Aber die Besserung der Lage der deutschen Industrie wird erlaubt sein auf Kosten der verschlechterten Lage der Industrie in England, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und anderen westeuropäischen Ländern.“

Es ist sehr nett von Prof. Barga, daß er sich über die Zukunft der englischen, französischen, polnischen Industrie usw. den Kopf zerbricht. Aber die deutschen kommunistischen Arbeiter wird es vor allem interessieren, daß der wirtschaftliche Sachverständige der kommunistischen Internationale unumwunden zugeben muß, daß die Durchführung des Dames-Gutachtens die Ueberwindung der deutschen Wirtschaftskrise und die Stabilisierung der deutschen Finanzen mit sich bringt. Angesichts dieser Feststellung braucht die vorhergehende Behauptung Prof. Bargas, daß die Durchführung des Dames-Gutachtens den Beginn der „Kolonisierung Deutschlands“ durch das amerikanische Kapital bedeute, nicht besonders ernstgenommen zu werden. Denn wenn die Beteiligung des ausländischen Kapitals an der Industrie eines Landes tatsächlich gleichbedeutend ist mit der „Kolonisierung“ und „Verfälschung“ des betreffenden Landes, so wäre kein Wort scharf genug, um die Haltung der kommunistischen Sowjetregierung in Moskau zu brandmarken, die, ohne durch die Last der Reparationen dazu gezwungen zu sein, seit Jahr und Tag kein anderes Ziel kennt, als das amerikanische, englische, französische Kapital nach Rußland zu locken und ihm dort goldene Berge zu versprechen.

Hilferuf russischer Sozialisten.

Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wird uns mitgeteilt: Auf einem soeben eingelaufenen Telegramm aus Rußland, hat sich die Lage in dem Konzentrationlager auf den Solowechi-Inseln im Weißen Meer außerordentlich zugespitzt. Die Gefangenen sehen kein anderes Mittel als den Hungerstreik, um ihre Forderung durchzusetzen, nach dem Festland zurücktransportiert zu werden. Zusammenstöße mit der Administration sind unausbleiblich. Man befürchtet die Wiederholung der vorjährigen Dezemberereignisse, bei denen sechs ge-

fangene Sozialisten von der Wache erschossen wurden. Die auf den Solowechi-Inseln internierten 300 Sozialisten erbitten die sofortige Intervention der sozialistischen Internationale.

Macdonald erläutert sich.

Ein Geheimbrief an Herriot.

London, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald hat an Herriot einen zweiten Brief über die militärische Räumung des Ruhrgebiets geschickt, der als eine Ergänzung seines Briefes vom letzten Sonnabend betrachtet wird. Dieser Brief wird nicht veröffentlicht werden.

Londondebatte der Kammer.

Paris, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Freitag vormittag die Interpellationsdebatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz fortgesetzt. Erster Redner war der Radikale Margaine, der eine außerordentlich scharfe Kritik an der Ruhrpolitik übte. Das Abenteuer, das die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Frankreich aufgebracht, habe u. a. zur Folge gehabt, daß in London die Rollen zwischen Deutschland und Frankreich zum Schaden Frankreichs vertauscht schienen und man dort den Eindruck hatte, als wenn Deutschland durch England verteidigt würde. Bisher sei es unmöglich gewesen, über die finanziellen Ergebnisse des Ruhrabenteuers irgendwelche Aufklärungen zu erhalten. Die darüber von den früheren Ministern veröffentlichten Ziffern seien offenbar falsch. Eine der verhängnisvollsten Folgen der Ruhrbesetzung sei die Stärkung der nationalistisch-monarchistischen Reaktion zum Schaden der demokratisch-republikanischen Parteien in Deutschland gewesen. An dem Dames-Plan kritisierte der Redner die Bedingungen über die Naturalieferungen und die Ueberweisungsbestimmungen, die Frankreich wenig günstig seien. Immerhin ließen diese eine praktisch-positive Regelung des Reparationsproblems erhoffen. Da die daraus zu erwartenden Einnahmen jedoch nicht ausreichen, das französische Budget in Ordnung zu bringen, bedürfte es der Einführung neuer Einnahmequellen, die bei der Ueberlastung der Steuerzahler nur auf dem Wege der Schöpfung von Staatsmonopolen geschaffen werden könnten.

Der nächste Redner ist der Kommunist Cachin, der sich bei seiner Kritik an der Politik Herriots fast wörtlich die Schlagwörter der nationalistischen Demagogie zu eigen machte. Er bestreitet, daß die Londoner Konferenz zur Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront geführt habe und zieht als Beweis dafür den Protest Macdonalds gegen die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung an, wobei er sich die bereits widerlegte Behauptung rechtsstehender Blätter zu eigen macht, daß dieser Brief nach der Konferenz geschrieben sei.

riof

stell dies in einer kurzen Zwischenbemerkung richtig und erklärt, daß es das gute Recht der englischen Regierung sei, ihren Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen, daß damit aber die zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Abkommen in keiner Weise berührt werden.

An dem Dames-Plan läßt Cachin kein gutes Haar. Er sei von der amerikanischen Finanz Europa diktiert worden und diene ausschließlich den kapitalistischen Interessen der englischen und amerikanischen Großfirmen.

Ein Antrag des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, die Interpellationsdebatte zu unterbrechen und auf die Tagesordnung der Sonnabendjitzung die Befragung des belgischen Friedensvertrages von Lausanne zu setzen, wird abgelehnt und beschlossen, diese Diskussion bis nach Beendigung der Aussprache über die Londoner Konferenz zu verschieben.

Als Abg. Dutreil dem Ministerpräsidenten vorwarf, unterlassen zu haben, die Ruhrpfänder gegen Sicherheitsgarantien einzulösen, erwiderte sofort Herriot, daß er nicht für die Politik seiner Amtsvorgänger verantwortlich zu machen sei; er sei bereit, sofort, falls es verlangt werde, Dokumente vorzulegen, die die Richtigkeit seiner Behauptungen beweisen würden. Auf allgemeine Aufforderung verliest Herriot den Wortlaut einer Note, die am Abend des 14. März in das Ruhrgebiet der deutschen Volkshaut übergeben worden sei und in der es heißt, daß der Truppen die Aufgabe zuzufallen, die in das Ruhrgebiet entsandte Ingenieurkommission zu begleiten. Der ehemalige Poincaré-Minister Reibel ruft, daß diese Note längst von Poincaré selbst veröffentlicht sei. Herriot erwidert, daß er sie nur zitiert habe, um zu beweisen, daß die Anwesenheit von Truppen im Ruhrgebiet keine Stütze in den Erklärungen der Regierung Poincaré fände.

Blum führt aus, daß die Ruhrpolitik die Deutschen Nationalisten wieder aufgereizt habe. Diese Politik habe den Bankiers auf der Londoner Konferenz zu einer vorherrschenden Stellung verholfen. An einer Stelle seiner Ausführungen sagte Blum, indem er sich der Mehrheit zuwendete: „Haben Sie nicht ein Gefühl der Verwundung verspürt bei dem Gedanken, daß im Augenblick der Londoner Konferenz das Entschloßene von einer anderen Persönlichkeit bewohnt war als zur Zeit der Konferenz von Cannes? Dem folgen Entrüstungsrufe im Zentrum und auf der Rechten. Verschiedene Abgeordnete der Opposition nehmen eine drohende Haltung ein. Le Troquer verurteilt, Blum ins Wort zu fassen. Blum läßt sich jedoch nicht aus der Fassung bringen und jetzt seine Rede fort. Er stellt fest, daß die Londoner Konferenz einen großen Anfang zur Ueberwindung der Verwirrungen des Poincarismus bedeute.

Die weiteren Ausführungen des Genossen Blum lagen bei Redaktionschluss noch nicht vor; um so weniger die der folgenden Redner.

Dänische Abrüstung.

Gesicherte Folkeithings-Mehrheit.

Kopenhagen, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptvorstand der radikalen Partei Dänemarks hat dem Abrüstungsvorschlag der sozialdemokratischen Arbeiterregierung seine prinzipielle Zustimmung ausgesprochen, wodurch dem Regierungsvorschlag eine Mehrheit im Folkething gesichert ist.

Die Interparlamentarische Union in Bern.

Bern, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Saale des Bundesrates wurde am Freitag die 22. Interparlamentarische Konferenz durch eine Ansprache des Bundespräsidenten Wotta eröffnet. Anwesend sind 260 Parlamentarier aus 24 Staaten. Deutschland wird durch die Reichstagsabgg. Böbe, Wirth, Schüding, Bernburg, die gewählten Abgg. Heile, Luidde, Voh und Bagerdörfer vertreten. Am Freitag erfolgte die Beratung technischer Verwaltungsfragen, der sich zunächst eine Debatte über Abrüstung und Kontrolle der internationalen Politik anschließen wird.

Genf, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Am 20. August wird der Völkerbundrat unter dem Vorsitz von Hyman's Belgien in Genf seine 30. Sitzung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Angelegenheiten der Rüstungskontrolle in Deutschland, Ungarn und Bulgarien. Außerdem wird die Frage zur Entscheidung vorgelegt. Ferner sollen die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland und Ungarn im Zusammenhang mit den Anleihen nachgeprüft werden. Besonderes Interesse beanspruchen die Saarfrage und Danzig.

Außerdem werden folgende Kommissionsberichte vorliegen: Abrüstung, Militär, Oekonomie, Randat, Sklaverei, Opium, geistige Zusammenarbeit. Endlich wird noch ein Bericht über das Flüchtlingswesen (Armenier, Griechen, Araber usw.) zum Vortrag kommen.

Achtstundentag, trotz alledem!

Kulturelle, gesundheitliche und wirtschaftliche Wirkung.

Der Achtstundentag hat in Deutschland in der denkbar ungünstigsten Periode eingeführt. Wiederholt haben wir das unehrliche Spiel gefennzeichnet, den aus den verschiedensten Gründen unvermeidlichen Produktionsausfall infolge des Krieges, des Kriegszusammenbruchs, mit all den üblen Nachwirkungen aufs Konto des Achtstundentags zu setzen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert. Doch anstatt aus dieser Tatsache die Schlussfolgerungen zu ziehen, daß fortan der Achtstundentag weit leichter durchführbar ist als vordem, sucht man die Besserung der Produktionsverhältnisse lediglich auf die Verlängerung der Arbeitszeit zurückzuführen, um daraus die falsche Schlussfolgerung abzuleiten, die Arbeitszeit müsse noch mehr ausgedehnt werden, die Durchführung des Achtstundentages, die Anerkennung des Washingtoner Abkommens sei für Deutschland unmöglich.

Der aus dem Heißhunger nach Mehrwert abgeleiteten Beweisführung des Unternehmertums stellen wir hier das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung entgegen.

In seiner vor kurzem erschienenen Schrift über „Das Arbeitszeitproblem“ hat Dr. Otto Lipmann, der Leiter des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin, das darüber vorliegende Material nach wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengestellt. Als Maß für den gesundheitlichen Arbeitstags gibt er darin an: „Der Arbeiter muß

mindestens so viel Zeit auf Ruhe und Schlaf

verwenden, daß die im Laufe eines Arbeitstages verbrauchten Kräfte bis zum Beginn des nächsten Arbeitstages wieder hergestellt sind, so daß der Arbeiter an jedem Morgen seinen Arbeitsplatz mit der gleichen Frische wieder betritt und daß die Arbeitsleistung an allen Arbeitstagen die gleiche bleibt. Dieser Maximalarbeitstag wird nach Ausweis sämtlicher vorliegenden Untersuchungen immer überschritten; stets hat sich ergeben, daß die Arbeitsleistungen in den ersten Wochenhälfte besser sind als in der zweiten.“

Für die Wirkung der täglichen Arbeitszeit und die Menge der arbeitsfähigen Produktion sind eine ganze Reihe Faktoren maßgebend. Lipmann nennt von ihnen die geographische Lage der Fabrik, die Luftverhältnisse, dann die Berufseignung der Arbeiterschaft, Wohnung, Belieferung mit Roh- und Betriebsstoffen, der Zustand der maschinellen Einrichtungen, die Zahl der mit unproduktiven Herstellungswerten beschäftigten Arbeiter; die politische und wirtschaftliche Lage, die Ernährungsverhältnisse, das Lohnsystem, die Einteilung der Arbeitszeit, der Arbeitswille des Arbeiters. „Die durch die Verlängerung der Arbeitszeit bewirkte erhöhte Leistungsfähigkeit führt ohne vermehrten Arbeitswillen im allgemeinen nicht ohne weiteres schon zu erhöhten Leistungen. Der Arbeitswille ist teils von psychologischen, teils von physiologischen Faktoren abhängig.“ Die durch eine Verlängerung der Arbeitszeit veränderte Leistungsfähigkeit tritt nicht unmittelbar nach der Arbeitszeitverkürzung in Erscheinung, sondern es muß erst eine gewisse Zeit verstreichen, bis der Zustand verminderter Ermüdung sich in gesteigertem Arbeitstempo auswirken kann; umgekehrt wird eine Arbeitszeitverlängerung (Überstunden) sich gewöhnlich sofort teils durch Wirkung auf die Leistungsfähigkeit, teils durch Wirkung auf den Arbeitswillen in einer

Verringering der arbeitsfähigen Produktion

bemerkbar machen.

Lipmann faßt seinen Gesamteindruck aus dem vorliegenden Material folgendermaßen zusammen:

„Der wesentliche Faktor für die Menge der Tagesproduktion ist neben der Leistungsfähigkeit des Arbeiters und der zweckmäßigen Organisation des Betriebes der Arbeitswille des Arbeiters, und dieser Faktor ist von solcher Bedeutung, daß für eine Erhöhung der Produktion alles daran gesetzt werden muß, den Arbeitswillen zu steigern und nicht zu schädigen. Eine dem Arbeiter aufoktroyierte Verlängerung der täglichen Arbeitszeit würde wahrscheinlich den Arbeitswillen so sehr schädigen, daß die Verlängerung sehr häufig und überall da, wo die Arbeitsintensität des Arbeiters ausschlaggebend ist, zu einer Verminderung der Tagesproduktion keineswegs führen würde. ... Daneben dürfen natürlich für eine Erhöhung der Produktion auch die anderen Faktoren nicht vernachlässigt werden: geeignete und nicht übertriebene ermüdende Beschäftigung des Arbeiters in der Freizeit, ausreichende Ernährung des Arbeiters und dementsprechende Wohnung, Verwendung rationaler Lohnungsmethoden, rationeller

Zuordnungsvorfahren zwischen Arbeit und Arbeiter, einer rationalen Arbeitszeiteinteilung (Pausenordnung) und sonstiger rationaler Betriebseinrichtungen. Die Verwendung aller dieser Mittel würde die Produktion auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit in ausreichendem Maße steigern; ohne diese Mittel würde die Produktion auch durch Verlängerung der Arbeitszeit meist nicht erhöht werden können.“

Die Arbeitgeberverbände schlagen mit ihren Methoden diesem Ergebnis wissenschaftlicher Forschung geradezu ins Gesicht. Sie glauben durch eine schematische Verlängerung der Arbeitszeit die Menge der Produktion ebenso schematisch vermehren zu können, nachdem sie in der Nachkriegszeit wenig oder gar nichts getan hatten, um die Wirkung des Achtstundentages durch Verbesserung der maschinellen Einrichtungen, durch Rationalisierung der Betriebe, durch Modernisierung der Arbeitsmethoden zu verstärken; ganz abgesehen davon, daß die Folge des Krieges, die jahrelang andauernde Unterernährung und Unterbezahlung der Arbeiter und all die anderen bekannten Ursachen keineswegs geeignet waren, den Arbeitswillen zu heben.

Aus der Fülle des Materials, das Lipmann in seiner Schrift verarbeitet hat, können wir nur wenige Stichproben geben. So weit beispielsweise die Gewerbebehörden nach

Erklärungen für den Leistungsrückgang in der Nachkriegszeit suchen, kommen sie zu folgenden Ergebnissen:

„Dagegen wurde über Minderleistungen ziemlich allgemein geklagt. Gründe dafür waren: Mangelhafte Stoffe und Störungen in ihrer Zuführung... mangelhafte Ernährung.“ (Wiegand 1919.) „Längere Unterernährung, schlechte Ernährungsverhältnisse, die vielen Kriegsentscheidungen werden von den bayerischen Beamten als Gründe für den Leistungsrückgang genannt. Unterfranken 1920: „Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge nicht ausreichender Ernährung, außergewöhnliche Abnutzung der Maschinen während des Krieges, Stockung in der Belieferung mit Rohstoffen, Werkzeugen und sonstigen Hilfsmitteln u. a. m. haben gleichfalls einen nachteiligen Einfluß geübt.“ Sachsen 1919: „Mangel und schlechte Beschaffenheit von Rohstoffen und Betriebsstoffen, unzureichende Ernährung, Nachwirkung früherer Anstrengungen und Zusammenbrüche der Arbeitszeit ohne ausreichende Aufreparatur.“ Hessen 1920: „Die Arbeitgeber geben, soweit es sich um ältere Leute handelt, eine erhöhte Leistung zum Teil zu, klagten aber über geringere Leistungen der jungen Leute, besonders der Kriegsteilnehmer; doch ist dies auch als Nachwirkung des Krieges und nicht als eine Folge der verkürzten Arbeitszeit zu bezeichnen. Infolge der schlechten Ernährung, schlechten Materials und schlechter Werkzeuge war eine Erhöhung der Leistungen in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht zu erwarten.“

Ähnliche Erscheinungen sind auch in den anderen vom Krieg betroffenen Ländern beobachtet worden. So wird vom französischen Kohlenbergbau berichtet: „Die Bergwerke, die während des Krieges schlecht unterhalten wurden, brauchten nach dem Kriege eine größere Anzahl von Arbeitern für unproduktive Wiederherstellungsarbeiten.“ Von dem Pariser Fleischergewerbe heißt es 1921: „Die Produktion hat sich nach Einführung des Achtstundentages dank intensiverer Arbeit nicht vermindert, trotz anerkannter Mangelhaftigkeit der Werkzeuge.“

Aus alledem ist zu schließen: Der Rückgang der Produktion in der Nachkriegszeit ist nicht, wie die Arbeitgeberverbände behaupten, auf die Einführung des Achtstundentages zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß die körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen zurückgegangen ist und die Betriebseinrichtungen vernachlässigt wurden. Wo diese Kriegsfolgen verschwanden, wo vor allen Dingen die Unternehmer sich dazu aufrafften, die Betriebseinrichtungen wieder aufzubauen, dort begannen sich bald die günstigen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung zu zeigen. Die Verlängerung der Arbeitszeit fiel mit den ersten Monaten der Stabilisierung der Währung zusammen, die eine Konjunkturbesserung brachten. Mit Absicht verwechseln die Arbeitgeberverbände hierbei Ursache und Wirkung. Gerade die Erfahrungen der jüngstvergangenen Zeit mit der wachsenden Produktionseinschränkung und der steigenden Arbeitslosigkeit lehren mit aller Eindringlichkeit, daß die Stabilisierungskrise nur überwunden werden kann, wenn der Arbeitswille gehoben wird. Das kann aber nur durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Verbesserung der Arbeitsmethoden erreicht werden!

kommen lassen. Sie wandte sich daher an eine „maßgebende Stelle“, die ihr auch prompt bestätigte, daß ein Zusammenhang zwischen der Arbeitszeit und den Unfällen bei der Reichsbahn nicht bestehe.

Die Zahl der Eisenbahnunfälle sei zurückgegangen auch in der Zeit, in der die Dienstzeiten verlängert waren. Bei keinem der Unfälle, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit besonders beschäftigt haben, sei zu lange Dienstdauer von Einfluß gewesen. Zu dem Hinweis der Korrespondenz auf den Eisenbahnunfall bei Marsberg, der durch Herdanzusammenbruch eines dortigen Weichenstellers eingetreten sei, der sieben Tage hintereinander eine Dienstfahrt von 3 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags gehabt haben soll, teilt uns dieselbe Stelle mit, daß sich der Unfall abends um 10 1/2 Uhr ereignete, also zu einer Zeit, in der dieser Weichensteller gar nicht im Dienst war! Derartige unrichtige Angaben über einen Zusammenhang zwischen Dienstdauer und Unfallhäufigkeit könnten deshalb nur als Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet werden.

Es wäre eine Irreführung der Öffentlichkeit, wollte man den Anschein erwecken, als ob die Länge der Arbeitszeit für Unfälle gänzlich bedeutungslos sei. Das Fahrpersonal, dessen Leben bei Unfällen zu allererst gefährdet ist, wird alles daransetzen, um trotz langer Arbeitszeit Unfälle zu vermeiden. Paffert dennoch irgendein Unfall, dann wird selbst in den Fällen, in denen eine lange Arbeitszeit als Ursache nahelegt, die Ursache auf die Uebertretung irgendeiner Vorschrift zurückgeführt, um ja nicht den unstrittenen Zusammenhang aufkommen zu lassen.

Die Tatsache, daß die Aufmerksamkeit und die Spannkraft des Eisenbahnpersonals bei normaler Arbeitszeit größer ist, als sie bei überlanger Arbeitszeit sein kann, können sämtliche „maßgebenden“ Stellen nicht aus der Welt demontieren. Deshalb muß die Arbeitszeit so bemessen werden, daß sie als Unfallfaktor gänzlich ausscheidet.

Der Reichsbahnverband hat am 25. August, nachmittags 5 Uhr, im Reichsbahnhof, Berlin, eine Versammlung der Arbeiter der Reichsbahn, die den Zweck hatte, die Interessen der Arbeiter der Reichsbahn zu vertreten. Der Reichsbahnverband hat am 25. August, nachmittags 5 Uhr, im Reichsbahnhof, Berlin, eine Versammlung der Arbeiter der Reichsbahn, die den Zweck hatte, die Interessen der Arbeiter der Reichsbahn zu vertreten.

Der Reichsbahnverband hat am 25. August, nachmittags 5 Uhr, im Reichsbahnhof, Berlin, eine Versammlung der Arbeiter der Reichsbahn, die den Zweck hatte, die Interessen der Arbeiter der Reichsbahn zu vertreten.

Internationaler Textilarbeiterkongress.

Wien, 20. August.
In der Sitzung am Mittwoch führten vormittags Landerpütte (Frankreich) und nachmittags Roscher und Sturzyn (Tschechoslowakei) den Vorsitz. Frühwirth (Oesterreich) berichtete zunächst über die neuerlichen Beratungen des internationalen Komitees über die Bestellung eines neuen Sekretärs und den Sitz des neuen Sekretariats. Nach den Vorschlägen des Komitees beschloß der Kongress einstimmig die Anstellung eines von der internationalen Vereinigung festbestimmten, hauptberuflich tätigen Sekretärs. Der Sekretär ist von der englischen Delegation vorzuschlagen. Der Sitz des Sekretariats wurde in Manchester (England) ausersehen. Für diesen Sitz stimmten sieben Länder; vier stimmten dagegen. Ein Antrag Deutschlands auf Ausbau des Sekretariats wird dem neuen Sekretariat zum Studium überwiesen werden.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über einen Antrag auf Auflösung des internationalen Streitfonds. An seine Stelle sollen nach diesem Antrag im Bedarfsfall ausgiebige freiwillige Unterstützungen treten. Der Antrag wird aber mit zwölf gegen eine Länderstimme abgelehnt. Damit bleibt auch das gegenwärtige Beitragsverhältnis bestehen.

Duzburn (England) legte einen Antrag der englischen Delegation vor, nach dem an einer Konferenz niemand teilnehmen oder ein Amt bekleiden soll, der nicht von Textilarbeiterverbänden als Angehöriger besetzt ist oder in einer Textilfabrik arbeitet. Dazu sprachen Shaw, Sokolowsky (Polen), der verlangte, daß es statt der Stelle „in einer Fabrik arbeiten“, heißen soll „in einer Fabrik gearbeitet hat“, weller Crinion (England), Christensen (Dänemark), und Eisenring (England). Der Antrag wurde dann mit dem Abänderungsvorschlag Sokolowskys einstimmig angenommen.

Den breitesten Raum in der Beratung des Kongresses nimmt die Beratung über die Mittel und Wege ein, die einzuschlagen sind,

um den Achtstundentag in der Textilindustrie

aufrechtzuerhalten, in Ländern, in denen er verlorengegangen ist, wieder zu erkämpfen, und in Ländern, in denen der Achtstundentag bisher noch nicht besteht, zu erringen.

Berichterstatler Lang (Deutschland) bemerkte, daß der Achtstundentag nicht eine Frage der Textilarbeiter allein ist, sondern eine Frage der gesamten internationalen Arbeiterkraft. Seit dem Jahre 1889 geht der Kampf um den Achtstundentag. Die Frage ist aber für die Textilarbeiterkraft von um so größerer Bedeutung, als in der Textilindustrie sehr viele Frauen und Jugendliche beschäftigt sind. Daher sind auch die Textilarbeiter in dem Kampfe um den Achtstundentag stets mit an der Spitze marschiert. Es ist die Pflicht jedes einzelnen Arbeiters und jeder Arbeiterin, in diesem Kampfe zur Organisation zu stehen. Wo der Achtstundentag schon erkämpft ist, muß mit allen zweckdienlichen Mitteln gearbeitet werden, ihn zu erhalten. Das ist um so notwendiger, als sich seit dem Pariser Kongress die Verhältnisse in manchen Ländern verschlechtert haben und auch mancher Rückschritt leider in dieser Frage verzeichnet werden muß. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat beschlossen, alles daranzusetzen, in Deutschland überall den Achtstundentag wieder zu erkämpfen. Die deutsche Arbeiterkraft scheidet sich in dieser Frage mit der Arbeiterkraft aller übrigen Länder eng verbunden. Vereinte Kraft wird zum Siege verhelfen. (Stürmischer Beifall.)

Schwarz (Ungarn) gab ein Bild über

die Verhältnisse in Ungarn.

Nach dem Umsturz gab es in der ungarischen Textilindustrie fast keine Arbeit. Das ist wieder besser geworden. Ausländer, nämlich Deutsche, Oesterreicher, Tschechoslowaken, richteten Betriebe ein. Sie hofften wohl auch, in der ungarischen Arbeiterkraft ein gewisses Ausbeutungspotential zu haben. Leider ist es tatsächlich so weit gekommen, daß heute in den meisten Betrieben wieder länger als acht Stunden gearbeitet wird. Die Unternehmer diktiert heute die Arbeitszeit und den Arbeitslohn. Die Hauptaufgabe der ungarischen Arbeiterkraft wird es sein, den Achtstundentag wieder zurückzuerobieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Galli (Italien) entwarf in einer leidenschaftlichen Rede

ein Bild von dem heutigen Italien.

Nach dem Krieg wurde der Achtstundentag erobert. Bei Schichtarbeit wurde sieben Stunden gearbeitet. Die erste Lot der Faschisten war, den Arbeitern alle Errungenschaften strittig zu machen. Das Gesetz über den Achtstundentag ist heute in Italien eine Legende geworden. Wer heute im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterkraft steht, steht nicht nur für sein Leben und seine Existenz auf, sondern auch das Leben und die Existenz seiner Familie. Das große Opfer Matteotti hat aber der Willkür der Faschisten eine Grenze gesetzt, und man spürt bereits, daß es anders zu werden beginnt. Mit besonderer Hoffnung und Freude erfüllt die italienischen Arbeiter der Sieg der Arbeiterpartei in England und der Rückzug nach links in Frankreich. (Stürmischer Beifall.)

Boogherd (Holland) teilte mit, daß leider auch in Holland der Achtstundentag nur mehr dem Namen nach besteht. In einem acht Monate langen Kampfe ist der Achtstundentag in der Praxis infolge der Haltung der christlichen Gewerkschaften verloren gegangen. Aber die holländische Arbeiterkraft verzweifelt nicht, sie kämpft weiter. (Lebhafte Beifall.)

Die Beratungen über diesen Punkt der Tagesordnung wurden am Donnerstag fortgesetzt.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Salernus; Sozialisten: A. S. Böhmer; Sololes und Solones; Reichsbahn: Augustin E. Böhmer; sämtlich in Berlin. Verlag: Reichsbahn-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichsbahn-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Hindenburgstr. 3. Stern 2 Beilage.

Güßstoff spart teuren Zucker!

Die Bekämpfung des Ungeziefers bei Mensch und Tier ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege. Mit Cuprex gelingt die Ungezieferbeseitigung schnell, sicher, leicht und unauffällig, sowie ohne gesundheitliche Nachteile. Cuprex ist das wirksamste und beste Mittel gegen Kopfläuse und überirrit alle bisherigen Mittel, weil es das Ungeziefer samt Eiern (Nisse) mit einem Male vernichtet. Apotheken und Drogerien halten Cuprex in kleineren und größeren Packungen vorrätig.

Wenn Sie wüßten wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebwohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebwohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerz lindern. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

— Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebwohl mit Filzring!



Streik im Sägewerk Hohrechtsfelde.

Das Personal des Sägewerks Hohrechtsfelde (Städgüter G. m. b. H.) ist gestern in den Streik getreten, weil die Verhandlungen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Abschluß tariflicher Regelungen von der Leitung des Unternehmens sabotiert worden sind. Bis zum 1. April regelten sich die Löhne nach dem Lohnstarif für die Gemeindearbeiter. Von diesem Zeitpunkt ab lehnte die Betriebsleitung diese Lohnregelung ab. Alle Versuche, die Löhne wie früher zu regeln, blieben erfolglos. Der angerufene Schlichtungsausschuß empfahl den Parteien, erneut zu verhandeln, die Versuche scheiterten am Widerstand der Betriebsleitung. Alle Versuche, neue Verhandlungen aufzunehmen, waren erfolglos.

Am 19. August stellte die Belegschaft die Arbeit ein mit dem Erfolge, daß die Leitung sich zu Verhandlungen bereit erklärte. Die Verhandlungen fanden am 21. August statt und verliefen ergebnislos, da die Betriebsleitung erneut es ablehnte, entsprechend den früheren Vereinbarungen die Löhne zu regeln. Nach ihrer Auffassung sollen die Löhne in Hohrechtsfelde ostelbischen Verhältnissen entsprechen. Der Betriebsleiter läßt sich allerdings nach Gruppe A des Besoldungsplanes entlohnen. Der Betrieb selbst liegt an der Grenze Berlins, so daß die Forderung der Arbeiter, Berliner Löhne zu erhalten, durchaus gerechtfertigt ist, um so mehr, als bis zum 1. April diese Regelung bestand. Die Arbeiter sind einmütig in den Streik getreten und gewillt, im Streik zu verharren, bis die Verwaltung ihren reaktionären Standpunkt aufgibt. Der Betrieb Hohrechtsfelde untersteht der Städgüter G. m. b. H. und es ist Pflicht des Magistrats, wie vor allen Dingen auch des Aufsichtsrats der G. m. b. H., hier nach dem Recht zu sehen. Durch die Eigenwilligkeit und den Starrsinn der Betriebsleitung ist städtisches Eigentum aufs schwerste gefährdet. Die Arbeiterschaft ersuchen wir, Zuzug fernzuhalten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Arbeitszeit und Unfälle bei der Reichsbahn.

Eine Meldung der B.S.-Korrespondenz über Verhandlungen zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisenbahngewerkschaften zur Regelung der Arbeitszeit des Eisenbahnpersonals erweckte nach der Ill. den Anschein, als ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Dienstdauer und Unfallhäufigkeit bestehe. Einen solchen „Anschein“ darf natürlich die Ill. nicht auf-

Sonntägliche Wanderziele.

Die Ruppiner Schweiz.

Und fragst du dich: den wahren Reiz
Wo liegt ihn die Ruppiner Schweiz?
An jeder Stelle gleichen Reiz
Erschließt dir die Ruppiner Schweiz.

So sagt Fontane und wir werden auf unserer Wanderung sehen, daß er recht hat. Wir beginnen die Wanderung in Neuruppin, das wir vom Stettiner Fernbahnhof über Kremmen erreichen (Sonntagstour). Neuruppin ist der Geburtsort Theodor Fontanes, des Urahnens der märkischen Wanderer, der hier am 30. Dezember 1819 das Licht der Welt erblickte. In den Anlagen am Königstor hat man Fontane ein Denkmal errichtet, das ihn als schlichten Heimwanderer und -schlichter darstellt, auf einer Steinbank sitzend. Schreibstift und Buch in der Hand, Wanderstab, Mantel und Hut neben sich. Von den ehemaligen Befestigungsanlagen der Stadt sind noch die Reste des dreifachen Walls im Nordwesten erhalten. Wir verlassen Neuruppin durch das Rheinsberger Tor. Eine schöne Chaussee bringt uns gen Nordost zum Chausseehaus, wo die Seepromenade nach Altruppin rechts abzweigt, der wir folgen. An der Nordspitze des langgestreckten Ruppiner Sees liegt Altruppin. Wir wandern von der Stadt gen Nord durch Riesenwald zur Niederung des Rhins. Ueber Neurmühle erreichen wir Molkow am Dörfchen des Molkowsees. Das Dorf ist ein ausgeprägter Rundling mit großem freien Dorfplatz, der in der Mitte etwas erhöht ist und von Eichen, Kastanien, Linden und Akazien beschattet wird. Wir überqueren das Verbindungsgewässer zwischen Molkow- und Tegeesee und wenden uns sogleich rechts ab, auf dem Westufer des Tegeesee gen Nord. Der Weg führt anfangs am Rand des Riesenwaldes entlang, der von Laubgebüsch und Birken eingefasst wird, dann durch schönen Nadelwald mit vielen Eichen. Weiterhin entfernt sich der Weg vom See. An Kolonie Stenenditz vorbei kommen wir zum Jermühlesee. Der reich gegliederte See wird von bewaldeten Höhen umrahmt, die prächtige Ausblicke auf die Buchten und Halbinseln bieten. Gleich hinter der Brücke über ein kleines Fließ auf dem Westufer des Sees folgen wir dem Fußsteig nach links zum Ufer der Kellen, zwei kleine Seen, von Felsen- und buchenbestandenen Höhen umgeben. Auf dem flüßerträumten Wasser schauen geheimnisvoll die Rummelblätter. Vom Nordende der Kellen gehen wir an den Hauptweg zurück und kommen westlich vom Forsthaus Stenenditz vorbei zur Niederung, die den Tornowsee mit dem Jermühlesee verbindet und vom Rostfischfließ durchflossen wird. Bei Forsthaus Rostfisch überqueren wir das Fließ. Bald hängen wir von der Straße nach links ab und wandern am Tornowsee hin. Der Wald, der bisher reine Kiefernbestände bildete (der ein Nadelwald war, geht jetzt in reinen Buchenwald über. An der Abzweigung Buchhorst vorbei kommen wir auf halber Höhe der Buchenbänke zum Nordende des Tornowsees. Hier liegt die Bolte im Aule, die uns so recht den stillen Zauber der Wasser- und Buchenbänke in das Bewußtsein ruft. Wir überqueren den Bienenbach und wandern auf seinem Westufer gen Nord. In tiefem Einschnitt schlängelt sich das Fließ zwischen den buchenbestandenen Höhen hin. Der Boden weist häufig quellige Stellen auf, umgestürzte Baumstämme liegen quer über Weg und Fließ, vom Wasser murmelnd umspült. Wir bleiben neben dem Bienenbach bis zum Kalksee, dessen Abfluß er bildet. Am Nordufer des Sees liegt Bienenwalde. Von der Mühlestelle aus dem Kalksee wenden wir uns auf der Fahrstraße gen Südwest zurück zum Tornowsee, wo der Kunstspringbach in diesen See mündet. Wir bleiben auf dem Nordufer dieses Baches und wandern gen West zur Kautzerpringmühle. Von dieser Mühle folgen wir der Chaussee durch die schöne Forst Ruppiner nach Neuruppin zurück. Weglänge etwa 40 Kilometer. Steht uns nur der Sonntag zur Verfügung, dann fahren wir mit dem Dampfer von Neuruppin nach Molkow, wodurch die Fußwanderung um 8 Kilometer gekürzt wird.

Kienbaum-Kugel.

Abwärts vom Verkehr liegen die beiden Dörfer, in die uns die heutige Wanderung führt. Wir fahren von der Stadtbahn über Ertner (umsteigen) bis Fangschleuse. Eine kurze Wanderung von der Bohn gen Nord bringt uns an die Kienbaum, eins der schönsten märkischen Waldflüsse. Wir halten uns diesseits des Fließes und wandern am Rand von Wald und Wiese nach rechts. Der Weg

führt in der Nähe der Kienbaum, die sich durch saftige Waldwiesen dahinschlängelt. An Forsthaus Schmalenberg und an Klein-Wall vorbei führt die Wanderung; immer sind wir dem Fließ nahe. Der längste Teil des Kienbaumes liegt im Warschau-Berliner Urstromtal, in dessen Sandebene die Kienbaum ihr flaches Bett gegraben hat. Mit weitenweiten Kiefernwäldern ist das große Tal bedeckt. Sie bilden mit der Kienbaum und den übrigen zahlreichen Gewässern prächtige Wanderziele.

Gut eine halbe Stunde von Klein-Wall entfernt kommen wir zum Großen Rabenwall, eine halbinselartige, ebenfalls bewaldete Nase des Ufers, die dicht an das Fließ heranragt. Nach einer halben



Partie aus der Ruppiner Schweiz.

Stunde am Ende des Waldes, führt der Weg rechts ab zur Straße nach Kienbaum, der wir nach links in einiger Entfernung von der Kienbaumniederung folgen. Bald haben wir Kienbaum erreicht, ein altes Dorf, das allerdings jetzt in einem ziemlich neuen Gewand erscheint. Es soll seiner Namen nach einer jahrhundertalten Kiefer, einer Kienbaum, haben, die erst im Dorf stand. In früheren Jahrhunderten kamen in Kienbaum im August jeden Jahres die Jäger aus großen Teilen der Mark Brandenburg zu einer großen Versammlung zusammen, in der alle die Jägerei betreffenden Angelegenheiten beraten und die Sitzungen des Weidgerichts abgehalten wurden. Von Kienbaum wandern wir gen Nord nach Liebenberg. Hier überqueren wir die Kienbaum, deren Quellflüsse sich in der Weidniederung rechts vereinigen. Kurz vor der Liebenberger Mühle biegen wir links ab zum Liebenberger See, dessen Ufer wir eine kurze Strecke, bis zum Ende des abgeholzten Waldstreifens, folgen. Dann wenden wir uns nach links zur Landstraße, die uns am Jagdschloß vorüber nach Kugel bringt. Hier war früher ein Feldloster, dessen Mönche den Abbau des Kienbaumer Kalksteins als erste betrieben. Auch Kurt Grotte, der Arbeiterwanderer und Naturfreund, besaß in Kugel ein Anwesen.

Vom Nordende des Dorfes wenden wir uns westnordwestlich zum Gargauer Mühlenfließ, dem dritten Quellbach der

Kienbaum. Unmittelbar nach dem Überqueren des Fließes folgen wir dem halbwegs abgehenden Fußsteig, der anfangs am Waldrand, dann durch den Wald auf den Bienenberg führt. Der Gipfel des Berges liegt 71,5 Meter über dem Meerespiegel oder 25 Meter über seiner Umgebung; er wird von einem Vermessungsgerüst gekrönt. Ein prächtiger Rundblick auf das Industriegebiet von Rüdersdorf, Tasdorf, Hennickendorf und Herzfelde bietet sich vor der Höhe des Berges, ebenso auf das ausgedehnte Waldgebiet im Norden bis zum Marienberg südlich von Strausberg mit dem Aussichtsturm. Der Weg führt den Berg hinab zur Rüdersberger Chaussee, der wir nach links zum Bahnhof Herzfelde folgen. Von hier Rückfahrt über Strausberg (umsteigen) nach Berlin. (Weglänge etwa 25 Kilometer.)

Aus der Heilstätte Belgig.

Unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges haben auch die Heil- und Pflegeanstalten schwer zu leiden gehabt. Nicht wenige waren genötigt, wegen Mangel an Geld ihren Betrieb für längere Zeit einzustellen. Wo die Verhältnisse günstiger lagen, mußten mindestens die Leistungen sehr beträchtlich gekürzt werden. Wohl in keiner dieser Anstalten ist heute schon wieder der Zustand erreicht, der in der Zeit vor dem Kriege die Regel war und als Selbstverständlichkeit galt. Noch recht oft kommt es zu Auseinandersetzungen mit den Pflinglingen, die sich über Anstaltsmängel beschwerten, weil sie geradezu den Heilerfolg in Frage gestellt sehen.

In der Lungenheilstätte Belgig haben die Pflinglinge zwischen der Verwaltung und den Pflinglingen teilweise eine Schärfe angenommen, die man nur bedauern kann. Hier wird hauptsächlich geklagt, daß die Verpflegung sehr viel zu wünschen übrig läßt. Pflinglinge machen uns darüber recht unerfreuliche Mitteilungen. Die Kohl- oder Bohnengerichte, die es zu Mittag bis zum Ueberdruß gibt, seien mit nur wenig Fleischbeilage gekocht und auch der Fettsatz reiche nicht aus. Der Mehl- Butter, der für die anderen Mahlzeiten zum Brot geliefert wird, sei zu gering, ebenso der Belag, wenn es weichen gibt. Milch gilt als wichtiges Nahrungsmittel für Lungenleidende, aber in Belgig erhalten die Pflinglinge, sagt man uns, täglich nur 1/2 Liter zu trinken. Im ganzen sei die Verpflegung nach Menge und Güte so unzulänglich, daß viele Insassen dieser Heilstätte gezwungen sind, sich aus eigenen Mitteln eine Zusatzkost zu beschaffen. Nebenbei wollen wir übrigens erwähnen, daß ihnen gelegentlich die Morgen- oder Mittagssuppe noch durch eine Beilage von Raden bereitet worden ist. Unterhandlungen einer Kommission der Pflinglinge mit der Verwaltung hatten einen Erfolg von nur kurzer Dauer. Gegen eine außerhalb der Anstalt abgehaltene Versammlung der Pflinglinge glaubte der Verwaltungsinспектор einschreiten zu müssen. Als wegen dieser Versammlung ein Mitglied der Kommission entlassen werden sollte, griff fast die Gesamtheit der Pflinglinge zu dem Abwehrmittel des Hungerstreiks. Die Entlassung wurde dann nach wenigen Stunden zurückgenommen. Einen Pflingling, der seinen Verdruß über die Verpflegungsmängel in allzu kräftiger Form geäußert hatte, wurde die Anstalt auf andere Weise los. Der Chefarzt untersuchte ihn und kam zu dem Ergebnis: „Ihre Lunge ist gesund!“ und hiermit hatte die Kur ihr Ende.

Die Heilstätte Belgig ist mit etwa 140 Pflinglingen besetzt, die hauptsächlich den Krankentafeln der AOB, der Oram-Gesellschaft, des Siemens-Konzerns und der Ortskrankenkasse Berlin Norden III (die früher ein Teil der Ortskrankenkasse Niederbarnim war) angehören. Daß durch zweckmäßige Verpflegung der Kranken die Heilung gefördert wird, ist doch auch für die Kassen wichtig. Was sagen die Verwaltungen der Kassen zu den Klagen über Belgig?

Schämen sie sich der Reichsfarben?

Vor dem Krieg wäre es gar nicht möglich gewesen, eine Ausstellung oder einen Kongreß zu eröffnen und die Reichs- und Staatsbehörden dazu einzuladen, ohne im Festsaal und den Ausstellungsraumlichkeiten das Hoheitszeichen des Reiches zu zeigen. Die zur Verrettung der Behörden erschienenen Beamten wären vermutlich auch sofort wieder umgekehrt, wenn sie diese selbstverständliche Verbeugung vor Reich und Staat vernimmt hätten. Auch in der geltend erhobenen Reklamemesse, deren Vertreter sich besonders eindringlich um das wohlwollende Entgegenkommen der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden bemühten, waren die Reichs-

24]

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

„Aber die Spazier zu füttern, wird man Ihnen nicht erlauben! Es ist so was einfach zu umständlich. Man kann Ihnen doch nicht eine Leiter in die Zelle bringen!“

„Wozu hab ich dann ein Gefuch geschriebe?“

„Das ist Vorchrift. Wenn Sie einen Wunsch haben, müssen Sie ihn schriftlich äußern. Aber erfüllt wird er Ihnen nicht.“ Der Doktor lächelte. Er war ein alter, beleibter Herr mit grauen Stoppeln auf Wangen und Doppellinn. Er trug eine unmoderne, goldgeränderte Brille. „Ueberlassen Sie doch dem lieben Gott die Sorge um seine Vögel!“

„Ach, Herr Doktor!“ — sagte Andreas traurig. „Manche jagen: Ueberlassen wir Gott die Sorge um diesen Menschen! Dann sorgt Gott nicht!“

Der Doktor lächelte wieder: „Es ist nicht gesund, ein Philosoph zu sein. Dazu reicht Ihre Kraft nicht. Man muß glauben, lieber Freund!“ Der Doktor wußte bereits, daß er es mit einem Narren zu tun hatte; aber auch, daß dieser Narr ungefährlich war. Im übrigen hatte er noch im ganzen drei Wochen abzuhängen. Also beschloß er, Andreas sich selbst und seinen philosophischen Gedanken zu überlassen. Außerdem erwartete der Doktor heute seine Nichte. Er mußte zur Bahn und vorher noch einmal nach Hause. Und da er ein Menschenfreund war, reichte er Andreas die Hand.

Spät am Tage, es mochte vor Anbruch der Dämmerung sein, sah Andreas, wie draußen der Himmel sich lichtet. Ein Stückchen strahlenden Blaus war sogar durch die schmutzige kleine Scheibe zu sehen. Und wieder lärmten die Spazier. Dann hörte er den leichten Trab eines Vögelchens, das regelmäßig jeden Tag hörbar wurde.

Obwohl es erst Februar war, nahm er an, daß die Knospen an den Weiden und Kastanien schon ziemlich groß sein müßten. Er dachte an sie mit derselben Zärtlichkeit, die er für die Vögel übrig hatte. Er nahm sich vor, einen weiten Spaziergang zu unternehmen, wenn man ihn freilasse.

In dieser Nacht schlief er spät ein. Er hatte Schmerzen im Knie. Der Wind wütelte draußen und in den langen Gängen der Anstalt.

Am nächsten Tage war wieder Inspektion. Der Direktor sagte, die Sache laufe gut. In zwei Wochen könnte sie erledigt sein. Andreas würde also eine Woche früher freikommen. Man würde ein neues Verfahren einleiten. Dann könne Andreas sich vor Gericht beschweren. Dann würde man ja

das Unrecht einsehen und Andreas freisprechen. Er, der Direktor, wolle jedenfalls ein hervorragendes Zeugnis schreiben. So ein Zeugnis hätte er noch niemandem geschrieben. Und was die Fütterung der Spazier anbelange, so sei dergleichen nicht üblich. Die Anstalt sei schließlich kein Tier-Asylverein.

In diesem Augenblick entdeckte der Herr Direktor, daß der Räbel, in dem Andreas seine Bedürfnisse zu verrichten hatte, nicht neben dem Fenster, sondern in der Nähe der Bank stand, und weil der Herr Direktor die Ordnung fast genau so liebte wie die Menschlichkeit, sagte er streng: „Ihre Pflichten aber dürfen Sie nicht vernachlässigen!“ Und genau so, wie Willi, fügte er hinzu: „Ordnung muß sein!“

Er ging und hinter ihm klirrte der Säbel des Wärters.

16.

Ein Tag war schöner als der andere.

Man merkte es nicht nur im Hof, wenn man den vorchriftsmäßigen Spaziergang absolvierte. Man merkte es sogar im Hof weniger. Denn seine Luft war müffig und obwohl über seinen hohen Wänden der Himmel sich wölbte, schien es, als läge eine unsichtbare Decke über ihn gespannt. Nie kam die Sonne in diesen Hof. Deshalb war sein Pflaster immer feucht, als sonders er Schweiß ab. Es war wie eine Krankheit der Pflastersteine.

Uebrigens kamen jeden Tag die Spazier in ganzen Massen vor das Jellenfenster, als wollten sie Andreas an sein Versprechen erinnern. Das tat ihm weh. Er sah hinauf und betrachtete schmerzhaft die lärmenden kleinen Seelen. Er hielt stumme Ansprachen und sein Herz redete zu den Tieren, ohne daß sich seine Lippen bewegten. Meine kleinen, lieben Vögel, lange Jahrzehnte war ich euch fremd und ihr wart mir gleichgültig, wie der gelbe Pferdelot in der Straßenmitte, von dem ihr euch nährt. Wohl hörte ich euch zwitschern, aber mir war es gleich, wie das Summen der Hummeln. Ich wußte nicht, daß ihr Hunger haben könntet. Ich wußte kaum, daß Menschen, also meinsgleichen, Hunger haben könnten. Ich wußte kaum, was der Schmerz ist, obwohl ich im Krieg war und ein Bein verlor, aus dem Kniegelenk fallen ließ. Ich war vielleicht kein Mensch. Oder ich war krank am schlafenden Herzen. Denn so etwas gibt es. Das Herz hält einen langen Schlaf, es tickt und tackt, aber es ist sonst wie tot. Eigene Gedanken dachte mein armer Kopf nicht. Denn ich bin von der Natur nicht mit scharfer Einsicht gesegnet und mein schwacher Verstand wurde betrogen von meinen Eltern, von der Schule, von meinen Lehrern, vom Herrn Feldwebel und vom Herrn Hauptmann und von den Zeitungen, die man mir

zu lesen gab. Kleine Vögel, seid nicht böse! Ich beugte mich den Gesetzen meines Landes, weil ich glaubte, eine größere Vernunft, als die meinige, hätte sie erlommen, und eine große Gerechtigkeit führte sie aus, im Namen des Herrn, der die Welt erschaffen. Ach! doch ich länger als vier Jahrzehnte leben mußte, um einzusehen, daß ich blind gewesen war im Lichte der Freiheit und daß ich erst sehen lernte in der Dunkelheit des Kerkers! Ich wollte euch füttern, aber man verbietet es mir. Weshalb? Weil noch niemals ein Häftling diesen Wunsch hatte. Ach! jene waren vielleicht jünger, beweglicher und klüger und sie dachten, wenn sie euch sahen, nicht an eure Räte, sondern an ihre Freiheit, meine Vögel, und ich weiß schon, weshalb ich euch liebe. Ich weiß auch, weshalb ich euch nicht kannte, als ich selbst noch frei war. Denn damals war ich, obwohl einbeinig, dumm und alt, selbst wie ihr und ahnte nicht, daß tausend Gefängnisse auf mich warteten, lauernd in den verschiedenen Teilen des Landes. Seht! ich möchte euch von meinem Brot geben, aber die Ordnung verbietet es. So nennen die Menschen den Kerker. Wißt ihr, was Ordnung ist, kleine Vögel?

Die Nacht heftete sich an den Tag und zerrann wieder im stetigen Grau des Morgens. Andreas hörte auf, die Tage zu zählen. Jahre trennten ihn von seinem früheren Leben. Jahre trennten ihn von der kommenden Freiheit. Und, obwohl er sich nach ihr sehnte, tat es ihm doch wohl, zu glauben, daß er niemals seine Sehnsucht erfüllt sehen würde. Er tauchte in seinen Schmerz tief hinab und beweinte sich, wie einen teuren Toten. Er liebte seine Qualen wie treue Feinde. Er haßte seine verlebten Jahre wie verräterische Freunde.

Eines Tages wurde er entlassen.

Obwohl er dem Direktor der Anstalt bescheiden und demütig dankte und seine Hand in dessen dargebotene legte, fühlte er doch noch später stundenlang den Druck der mächtigen Direktorshand, wie eine feindliche Macht und wie den Willen des Staates und der Behörden, ihr Opfer nicht wieder freizulassen. Andreas fühlte einen tiefen Argwohn gegen das Gesetz und seine Vertreter und schon begann er, sich vor dem neuen Verfahren zu fürchten. Hatte man ihn nicht zum ersten Mal ungerecht behandelt? Würde man ihn nicht noch einmal einsperren? Er wollte am liebsten fliehen. Die ganze Unermesslichkeit der Welt war plötzlich vor ihm aufgefallen, er sah Amerika, Australien und die fremden Gestirne der Erde, und als wäre seine neugewonnene Freiheit noch ein Kerker, so empfand er das Land, in dem er lebte und in dem ihm Leid angetan war, als einen Gefängnishof, in dem er provisorisch frei spazieren durfte, um wieder in die Zelle zurückzukehren.

(Fortsetzung folgt.)

farben Schwarz-Rot-Gold nicht zu sehen. Wie wir erfahren, hat die Gauleitung des Reichsbundes Schwarz-Rot-Gold die Ausstellungseitung nach vorher auf die Notwendigkeit, bei derartigen größeren Veranstaltungen die Reichsfarben zu zeigen, aufmerksam gemacht. Trotzdem ist es unterblieben. Es scheint uns selbstverständlich, daß das neue Berliner Messeamt auch auf diesem Gebiet künftighin Wandel schafft.

Schiedspruch zwischen Krankenkassen und Ärzten. Anerkennung der Ambulatorien.

Nach dreitägigen Verhandlungen hat das amtliche Schiedsamt unter Vorsitz des Oberpräsidenten Dr. Maier folgenden Spruch gefällt:

Der Vertrag wird bis zum 31. Dezember 1925 abgeschlossen. Die Pauschalsumme wird auf 7,50 M. pro Kopf und Jahr festgesetzt. Die Ambulatorien werden anerkannt wegen ihrer großen Bedeutung für die Volksgesundheit, da hier den Familienangehörigen eine ausgiebige ärztliche Beratung sowie Behandlung zuteil wird. — Die Ärzte, die sich während des Kampfes den Kassen zur Verfügung gestellt haben, werden als Kassenärzte anerkannt. — Der Mantelvertrag wird mit der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes abgeschlossen, ohne daß der Kassenpraxis ausübende Arzt dieser Organisation angehören muß. Jeder Arzt kann Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung oder des Berliner Kassenärztevereins sein. Ein Zwang, einer dieser beiden Organisationen anzugehören, besteht jedoch nicht. — Der Organisationszwang bei der Wirtschaftlichen Abteilung (W.A.) wird aufgehoben, denn der Antrag der W.A., ihr die Behandlung der Kassenmitglieder ausschließlich zu übertragen, wurde abgelehnt.

'Kaufleute'.

Wie Angestellte betrogen werden.

In den Geschäftsbetrieb sogenannter Versandgeschäfte leuchtete eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht.

Zwei junge Leute, „Geschäftsinhaber“, hatten in ihrem Unternehmen den Betrieb von allerlei Alfenide- und Bijouteriewaren durch sogenannte Stadtreisende bewerkstelligen lassen. Sie engagierten arbeitslose Angestellte mit einem Monatslohn von — 50 Mark und zahlten vom Umsatz 5 Proz. Provision. Dem armen Schludern wurde die Tasche vollgepackt und dann durften sie für die „Firmenhaber“ die Waren verkaufen. Einer von diesen „Reisenden“ erzählte auf dem Termin seine Leidensgeschichte. Wollte zwei Monate ist er von Haus zu Haus gelaufen, hat Werkstätten, Bureaus und Lokale mit seinem Krämchen besucht und während dieser Zeit einen Umsatz von ganzen 200 M. gehabt. Er hat während seiner Tätigkeit kaum seinen Hunger stillen können; sein „Gehalt“, die besagten 50 M., hat er sich vom Umsatz abgezogen. Den Herren Chefs war das nicht recht, hätte er es aber nicht getan, wäre seine Forderung vor dem Kaufmannsgericht noch größer gewesen. Jetzt klagte er wegen eines Restbetrags von 126 M. Die Forderung wurde von dem Beklagten unter allerlei Ausflüchten bestritten, aber der Vorsitzende stellte sich vollkommen auf die Seite des Klägers. Um schließlich überhaupt Geld zum Leben zu erhalten, ermähigte der Kläger seine Ansprüche auf Zinsen des Vorsitzenden auf 75 M.; der Herr Chef blieb aber bei seiner Weigerung, etwas zu zahlen und erklärte schließlich seine Zahlungsunfähigkeit.

Genau so erging es einem jungen Mädchen, das gegen dieselben Geschäftsinhaber auf Zahlung ihres letzten Monatsgehältes vom Juni klagte. Sie war als Kontoristin mit dem fälligen Einkommen von 60 M. angestellt gewesen. Die Klägerin erklärte unter Tränen, daß sie und ihre arbeitslose Mutter keinen Pfennig Geld im Hause hätten, da es nicht möglich sei, auch nur die geringste Summe zu erhalten. Der Beklagte erkannte die Forderung voll an, konnte aber von der Summe, zu deren Zahlung er verurteilt wurde, nicht einmal eine Abschlagszahlung von 20 M. leisten. Die Klägerin hat nun ihr sofort vollstreckbares Urteil in der Hand, sie wird aber bei einer etwaigen Pfändung wahrscheinlich noch die Kosten hinterher werfen können.

Wer die Inhaber dieser „Firma“ bei dem Termin betrachtete, konnte sich in die feilsche Verfassung der Arbeitslosen hineinsehen, die solchen Elementen ihre Existenz anvertrauen. Selber ohne Lust zur geregelten Tätigkeit, beuten sie die Arbeitskraft ihrer Angestellten aus, um ihnen dann noch den fälligen Lohn vorzuenthalten.

Der Zusammenstoß auf dem Potsdamer Bahnhof vor Gericht.

Der folgenschwere Zusammenstoß, der sich, wie erinnernlich, zwischen einem Magdeburger Personenzug und einem Berliner Vorortzug auf den Gleisen vor dem Potsdamer Bahnhof ereignete, wird nun am 6. September d. J. seine gerichtliche Klärung finden. Anklage ist erhoben worden gegen den Eisenbahndirektor Wolf Krüger und den Lokomotivführer Sauer. Krüger ist der Leiter des Stellwerks B. D. D. und Sauer der Führer des von Magdeburg kommenden Zuges. Zuständig für die Entscheidung ist das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Seitens des Gerichts sind 11 Zeugen und 3 Sachverständige geladen worden. Der Verteidiger hat noch für den Angeklagten Krüger einen Antrag gestellt, eine Reihe von Zeugen zu laden, die beweisen sollen, daß der Betrieb im Stellwerk nicht von dem Leiter und dem Weichensteller allein geführt werden könnte, und ein geübter Telegraphist hätte mit tätig sein müssen, um einen geordneten Betrieb zu erhalten. Gegenüber den drei Sachverständigen der Staatsanwaltschaft, die Beamte der Eisenbahndirektion sind, ist von der Verteidigung ein Eisenbahnschreiber in Vorschlag gebracht worden. Die Verhandlung wird auch Gelegenheits geben, die in der Presse gegen den Beamtenabbau auf dem Potsdamer Bahnhof gemachten Vorwürfe nachzuprüfen.

Deutschnationale Niederlage in Rowawes.

In der letzten Gemeinderatswahl in Rowawes hatte die Deutschnationale Volkspartei drei Sitze erlangt und damit die Niederlage erlitten. Die Deutschnationalen sind seinerzeit Hepp-Hepp Hurra! in den Gemeindevorwahlen gezogen, um die kommunalen Einrichtungen zu heilsamen zu gestalten, und von da ab haben sie nichts unversucht gelassen, um sich durchzusetzen. In der letzten Gemeinderatswahl stand nun ein Antrag der Deutschnationalen gegen die Stadterweiterung von Rowawes zur Beratung. Der deutschnationale Redner, Studentat Richter, hatte eine belanglose, nichtsagende Veränderung für den Antrag der Deutschnationalen gegeben, und dem sozialdemokratischen Redner Gen. Fleischmann war es ein Leichtes, den Deutschnationalen abzusperren. Selbst von dem demokratischen Gemeindevorordneten Kuh mußte sich der deutschnationale Redner lassen, daß er für die Stadterweiterung Rowawes sei, auf die Gefahr hin, daß bei einer Neuwahl zur Stadterweiterungssammlung eventuell die Arbeitervertreter die Mehrheit bekommen sollten. Deshalb stimmte auch er gegen den Antrag der Deutschnationalen. So wurde der Antrag mit 18 gegen 28 Stimmen abgelehnt, und es bleibt bei dem früher gefassten Beschluß. — Hoffentlich wird nun die Regierung bald die Verstärkung erteilen. — Einen weiteren Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung des kommunalen Schutzeigenschafts zogen die Herrschaften selber wieder zurück.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Nach Beschlüssen der Reichskonferenz in Leipzig findet am 3. September eine Umbildung des Vorstandes statt. Gewählt werden neben Vertretern einzelner sozialistischer Organisationen 8 Vertreter aus dem Halterkreis der Kinderfreunde. Auf je 30 Kinder des Bezirks fällt eine wahlberechtigte Stimme. Dennoch

sind wahlberechtigt: Bezirk Mitte mit 1 Stimme, Bezirk Tiergarten mit 1 Stimme, Bezirk Wedding mit 13 Stimmen, Bezirk Prenzlauer Berg mit 6 Stimmen, Bezirk Friedrichshain mit 4 Stimmen, Bezirk Kreuzberg mit 1 Stimme, Bezirk Wilmersdorf mit 1 Stimme, Bezirk Steglitz mit 1 Stimme, Bezirk Neukölln mit 6 Stimmen, Bezirk Tempelhof mit 1 Stimme, Bezirk Panitzsch mit 2 Stimmen, Bezirk Reinickendorf mit 2 Stimmen. Die Bezirke Schöneberg, Lichtenberg, Charlottenburg haben ihre Kinderzahl noch nicht angegeben und werden ersucht, dies umgehend zu tun. Zwecks eventueller Änderung liegt die Wahlliste am Mittwoch, den 27. August, in der Zentralgeschäftsstelle, Lindenstraße 3, zur Einsicht aus.

Septembermiete wie bisher 62 Prozent.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Der Minister für Volkswohlfahrt hat unter dem 16. August 1924 angeordnet, daß es für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat September bei seiner bisherigen Anordnung verbleibt. Die gesetzliche Miete beträgt daher wie im Vormonat 62 vom Hundert der reinen Friedensmiete. Hat ein Mieter auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung in seinen Mieträumen die sogenannten Schönheitsreparaturen übernommen, so ist dieser Hundertsatz um 4 Proz. auf 58 Proz. zu kürzen.

Neue Milchpreise. Im Bezirk der Stadt Berlin treten von Sonnabend, den 23. August, ab neue Milchpreise in Kraft, und zwar kostet ein Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhändlers 32 Pfennig, ab Berliner Kuhstall bei direkter Abgabe an den Verbraucher 35 Pfennig und ein Liter Magermilch bei Abgabe an den Verbraucher 9 Pfennig.

Berliner Wohnungsnotrecht. Der Minister für Volkswohlfahrt hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers den Magistrat ermächtigt, den ihm vorgelegten Entwurf zur Abänderung des bestehenden Groß-Berliner Wohnungsnotrechts bekanntzugeben. Die Veröffentlichung erfolgt in der am kommenden Sonntag erscheinenden Nummer des Gemeindeblattes. Sonderabdrucke sind in der Geschäftsstelle des Gemeindeblattes, Rathaus, Zimmer 89b, erhältlich.

Tempelhof ein eigenes Postbüro. Das Polizeiamt 13 Tempelhof hat jetzt die Ausfertigung von Pässen für die in seinem Bereich wohnenden Berliner Bürger selbst eingerichtet. Für Ausländer bleibt die Poststelle im Polizeipräsidium Berlin am Alexanderplatz bestehen.

Der französische Schloßvermerk für Reichsdeutsche kostet in Zukunft: 25 Goldfrank für ein Besuchsvisum, 31,25 Fr. für 3 Monate, 50 Fr. für 6 Monate, 75 Fr. für 1 Jahr.

Deutschesböhmen Los. Wie die „Karodni Politika“ mitteilt, beabsichtigt die tschechische Regierung die Zahl der Gauen herabzusetzen. Bei dieser Gelegenheit sollen die beiden deutschen Gauen von Karlsbad und Böhmisch-Tepla befreit und den tschechischen Verwaltungsgebieten angegliedert werden.

Die Flottenhebung bei Scapa Flow. Nach einer Meldung aus London schreien die Arbeiter zur Hebung der deutschen Flotte bei Scapa Flow fort. Zwei Zerstörer konnten an die Oberfläche gebracht werden. Die Firma, die mit den Hebearbeiten betraut ist, teilt mit, daß ein drittes Schiff im Verlaufe der kommenden Woche „wieder flott“ gemacht werden wird. Die Schlachtkreuzer „Hindenburg“ und „Seydlitz“ sollen während dieses Jahres vorläufig noch nicht gehoben werden.

Opfer der Berge. Die seit einigen Tagen vermischten Touristen Garzweils aus Bremen und Dr. Schild aus Wien, die als Kurgäste in Pontresina weilten, sind in den Bergen erfrorzen aufgefunden worden. Der Führer Juon, der sie begleitete, wird vermißt.

Die Weltflieger in Grönland. Reuter meldet aus Halifax: Die amerikanischen Weltflieger Smith und Nelson sind in Grönland eingetroffen. Die amerikanischen Flieger hoben die 800 Meilen lange Strecke Island-Grönland in einem Flug von 11 Stunden durchflogen. Die Flieger haben nunmehr die letzte Etappe Grönland-Bereinigtes Sibirien zurückzulegen.

Deutsche in Venezuela ermordet. Nach einer Meldung aus Caracas wurden der deutsche Planzer Hammerstein, seine drei Kinder und die deutsche Lehrerin Reisdorf auf ihrer Fahrt bei Barcelona (Venezuela) am 26. Juli von Banditen überfallen und ermordet. Trotz größter Schwierigkeiten ist es den lokalen Behörden gelungen, die drei Mörder festzunehmen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bitte an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

heute, Sonnabend, den 23. August:

25. Abt. **Abkündigung, Bezirksleiter!** Zum nächsten Mittwoch einladen zu den vier Publikumsabenden, da alle Räume zur üblichen Mitgliedserversammlung besetzt sind.

Morgen, Sonntag, den 24. August:

- 6. Abt. **Ankunft nach Schulenburg.** Treffpunkt 8 Uhr früh Stettiner Vorortbahn, Radfahrer Hotel Eichenhof am Bahnhof Schulenburg.
- 27. Abt. **Gemeindefest** Ausflug nach Busch, Waldrestaurant. Treffpunkt 7.25 Uhr Millionsbrücke.
- 28. und 48. Abt. **Gemeindefest Familienausflug nach Sobow.** Treffpunkt früh 8.15 Uhr Jannowstraße, 9 Uhr Bahnhof Sobow. Für Radfahrer bis nachmittags 1 Uhr Restaurant Salsolci, Radfahrer-Club. Große Ueberrassungen und Preisverteilung.
- Jungesabende.** Alle Gruppen beteiligen sich an der gemeinsamen Treffpunkt im Plamontshof. Treffpunkt von 1 Uhr an an der Kochplatte des Königen Sees bei Tiefensee.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 19. Abt. Genosse Albert Sätze, Steinbruder, Calowstr. 4, ist verstorben. Einäscherung Sonnabend 5.15 Uhr Krematorium Gesichtstraße.
- 24. Abt. Genosse Ernst Witte, Zimmereiwerkstr. 24, ist Montag verstorben und gestern beigesetzt worden.

Wetter für Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, aber noch unbeständig, in den Tagesstunden etwas mürmer bei mäßigen südwestlichen Winden. Einzelne leichte Regenschauer nicht ausgeschlossen. — Für Deutschland. Am Norden noch vielmal leichte Regenschauer, im Süden größtenteils trocken.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 23. August.
Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Taendler, orthopädischer Schularzt für Charlottenburg: „Was können wir gegen die Verkrüppelung unserer Kinder tun?“ 8.10 Uhr abends: Vortrag des Herrn Oberingenieurs H. J. Gramatsky, Mitglied der Astronomischen Gesellschaft, ordentliches Mitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft: „Der Mars in Opposition und Erdnähe.“ 9—10 Uhr abends: Aus „Margarete“. Oper von Gounod, II. Akt. Margarete: Maria Flocke-Hagmann. Marthe: Kammer-sängerin Frida Langendorf. Faust: Kammer-sänger Paul Kittel. Mephisto: Erik Schubert. Siebel: Charlotte Freyer. Am Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten. 10.15—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Jugendveranstaltungen.

Zum Freiabend im Konheim am Querssee werden noch Anmelde-gen im Jugendheim Lindenstr. 3 entgegengenommen.

heute, Sonnabend, den 23. August:

Charlottenburg: Wanderung Königswalden—Grenz. Treffpunkt 7 Uhr früh, Charlottenburg. — **Friedenau:** Fahrt Schornsteinfeger—Grenz—Werder—Bismarck. Treffpunkt 1/4 Uhr nachm. Ringstr. Friedenau-Bismarck. — **Steglitz I:** Fahrt Querssee. Treffpunkt 1/2 Uhr nachm. Hof. — **Steglitz II:** Fahrt Hälzner See. Treffpunkt 8 Uhr früh, Steglitz.

Morgen, Sonntag, den 24. August:

Friedenau: Fahrt durch die Seimat. Treffpunkt 1/10 Uhr nachm. Ringstr. Friedenau-Bismarck. — **Maricborf:** Fahrt Potsdam—Ferd. Treffpunkt 5 Uhr früh, Ringstr. — **Tempelhof:** Fahrt Grünwald—Teufelsberg. Treffpunkt 7 Uhr früh, Tempelhof. — **Werder:** Fahrt in der Jungfernhöhe. Festansprache, Reaktionen, Reigen, Jugendspiel. Treffpunkt nachm. 2 Uhr und nachm. 2 Uhr früh, Teufelsberg und Hof. Dultstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kommandant: Böhmer. Dienstag, den 26. August, abends 8 Uhr, Versammlung bei Roske, Hauptstr. 72.

Wirtschaft

Wirtschaftliche Schäden der Ruhrbesetzung.

Durch den erfolgreichen Abschluß der Londoner Konferenz ist es gelungen, die wirtschaftliche Einheit mit dem Reich wiederherzustellen und die Aussicht zu schaffen, daß das Ruhrgebiet von dem schwersten Druck der französischen Besetzung befreit wird.

Was das für das Ruhrgebiet und das Reich bedeutet, zeigt der Bericht der Reichsregierung über die wirtschaftlichen Schäden, die durch die Regierungsverwaltung und durch die Pfänderpolitik des poincaristischen Frankreich den Ruhrreisbahnen und den beschlagnahmten Forsten zugefügt wurden. Als die Franzosen in die Ruhr einmarschierten, fanden sie ein weitverzweigtes, technisch hervorragend ausgebautes, kompliziertes Eisenbahnnetz vor, das mit Recht als das Herz der deutschen Reichsbahn bezeichnet wurde. Entfielen doch von den insgesamt 53 000 Kilometern Schienenlänge des Reichsbahnnetzes 12 Proz. (über 6000 Kilometer) auf die Bahnen der besetzten Gebiete; das altbesetzte linksrheinische Gebiet umfaßte davon 5000 Kilometer oder 10 Proz. der Gesamtlänge. Die intensive Ausgestaltung der Betriebsanlagen und Verkehrsdiene des Rhein-Ruhrgebietes war eine ganz gewaltige Leistung: rund 16 Proz. aller zweigleisigen Strecken, rund 32 Proz. aller dreigleisigen und rund 22 Proz. aller viergleisigen Strecken gehörten zu den Rhein-Ruhrbahnen. Der Bedeutung der Anlagen entspricht der Verkehrsumfang des Gebietes; 30 Proz. der im gesamten Reichsbahngebiet benötigten Güterwagen wurden im besetzten Gebiet gestellt. Fast die Hälfte, 49 Proz. der gesamten von der Reichsbahn beförderten Gütermengen stammten aus dem Gebiet oder liefen dorthin. 47 Proz. davon verblieben (im Versand und Empfang) im Rhein-Ruhrgebiet, 53 Proz. waren Ein- oder Ausfuhr des Gebietes.

Wenn man sich die Zahlen vor Augen hält, so bekommt man ein Bild davon, welche jahrelange, aufs feinste ausgearbeitete Organisation dazu gehörte, um ein derartiges Gewirr von Schienensträngen und seinen starken Verkehr zu meistern. Man erhält auch einen Begriff davon, welche Verwirrungen von der französischen Regierungsverwaltung schon allein dadurch hervorgerufen wurden, daß sie das Uhrwerk mit plumper Hand zum Stillstehen brachte.

Genauere Aufschlüsse über die Wirkungen der Ruhrbesetzung können erst später die Untersuchungen der Reichseisenbahngesellschaft ergeben. Immerhin liegen doch schon heute zahlreiche Klagen über die Maßnahmen der Regie vor, die sich als Hemmnisse der Produktion und des Verkehrs ausgewirkt haben und die zeigen, unter welchem ungeheuren Druck und welchen organisatorischen Schikanen die Ruhrindustrie zu leiden hatte.

Handelt es sich bei den Maßnahmen der Regie um unnötig hohe Eisenbahnfrachttarife und den Handelsverkehr erschwerende Tarife und Abgaben aller Art, also um eine starke Belastung der Industrie, die durch die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit von den drückenden Fesseln befreit wird, so sind durch das Raubhausystem der Franzosen in den Forsten des Launus und in den Wäldern der besetzten Teile der Pfalz wertvolle Baumbestände vernichtet worden, deren Verluste erst nach Jahren sorgsamster Pflege wieder wettgemacht werden können.

Nach französischen Angaben betrug im Jahre 1923 die Produktion in der belgischen Zone 17 000 000 Kubikmeter, davon 125 000 Kubikmeter Kiefernholz; in der französischen Zone 900 000 Kubikmeter, davon 500 000 Kubikmeter Kiefernholz. Jedoch sind diese Ziffern nach dem Urteil der preussischen Forstverwaltung viel zu niedrig gegriffen, denn sie erklärt, daß die französische Forstverwaltung herausgeholt hat, als dies unter ihrer Leitung der Fall gewesen ist. Durch dieses Vorgehen der Besetzung ist die deutsche Holzindustrie schwer geschädigt worden, denn in den nächsten Jahren kann der Holzbedarf aus den Waldbeständen der besetzten Gebiete nicht mehr mitgedeckt werden. Eine ungefähre Schätzung der Schäden hat ergeben, daß rund eine Million Kubikmeter Holz allein aus den preussischen Staatsforsten des Rhein- und Ruhrgebietes genommen worden sind.

Dies sind in kurzen Zügen die schon jetzt einigermaßen zu überschenden wirtschaftlichen Schäden, die die Ruhrbesetzung direkt nach sich gezogen haben, abgesehen von den Störungen und Krisen, die Deutschland durch den Ruhrfall erschütterten und abgesehen von der Not und den Leiden, denen die Ruhrbevölkerung ausgelegt war.

Sollten diese Tatsachen nicht schon allein genügen, um die Rechtsrodikalen und Rationalisten davon zu überzeugen, daß der Londoner Pakt wirklich eine Befreiungstat bedeutet? Sonst wäre ihnen zu raten, sich die Meinung der rechtsgerichteten Ruhrindustriellen vorzutragen zu lassen und dabei festzusetzen, ob auch nach deren Ansicht das Sachverständigengutachten und die Beschlüsse der Londoner Konferenz unannehmbar sind.

Reichsleiter für die Lebenshaltung. Die Reichsleiter für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Reichsamtes für Rittwoch, 20. August, auf das 1.14 Billionen-Mark der Vorkriegszeit. Sie ist gegenüber der Vorkriegszeit un-berändert.

Treibbetriebe gegen die Rentenmark. Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Es mehren sich die Anzeichen, daß Gerüchte über eine angeblich in Aussicht stehende Entwertung der Rentenmark verbreitet werden. Dieselben sind angeblich aus unklarerer Grunde in Umlauf gesetzt zu dem Zweck, die Abstoßung bisher zurückgehaltener Waren zu ermöglichen. Die Bevölkerung soll veranlaßt werden, ihre Sparpennie herauszugeben und sie in Waren anzulegen. Alle derartigen Ausstreunungen sind völlig haltlos und entbehren jeglicher Grundlage. Die Annahme des Sachverständigengutachtens hat für die Rentenmark keinerlei Verminderung im Besolge. Sie wird auch danach noch eine Reihe von Jahren als vollständiges Zahlungsmittel im Umlauf

Schacht über das Bankgesetz.

Beratungen im Auswärtigen Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss wurde die Aussprache über das Londoner Protokoll fortgesetzt.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) wies auf die Gefahr hin, die der Rückimport der deutschen Sachlieferungen für die deutsche Industrie bilde. Das Verbot des Rückimports, das allerdings auf dem Papier stehe, biete keinerlei Schutz. So werde wahrscheinlich durch die deutschen Sachlieferungen eine Schleuderkonturrenz für die eigenen deutschen Fabrikate entstehen. Wir unterstützen also selbst die Möglichkeit des Dumpings. Diese furchtbaren Gefahren gehen aber nicht nur auf Deutschland zurück, sondern darunter werde auch die englische und amerikanische Industrie zu leiden haben.

Reichsfinanzminister Dr. Luther erwiderte, daß man die Bewilligung von Sachlieferungen nicht hätte vermeiden können, wenn man auf Grund des Sachverständigenratsberichts überhaupt ein Abkommen treffen wollte. Ein Dumping bei einmaligem Rücktransport von Rohstoffen aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen fast gar nicht, jedenfalls nur in geringem Maße in Betracht. Größer wäre die Gefahr des Rückports bei Farbstoffen und Pharmazeutika. Deshalb habe sich auch die deutsche Delegation bis zum äußersten gestraubt, in die Liste der Sachlieferungen auch Farbstoffe und pharmazeutische Präparate aufzunehmen. Angesichts der geschlossenen Front der Vertragsgegner und nachdem sich bereits der Abschluß der diesbezüglichen Verhandlungen in London durch den deutschen Widerstand erheblich verzögert habe, mußte die deutsche Delegation schließlich einwilligen, hat aber dabei erreicht, daß sie nur bis zum 15. August 1928 gefordert werden können.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) fragte, ob in London mit Kenntnis der Reichsregierung geheime Abmachungen zwischen deutschen und ausländischen Industriegruppen getroffen worden seien.

Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärte mit erhobener Stimme, ein für allemal, daß in keiner Weise geheime Abmachungen getroffen worden seien.

Abg. Dr. Schneider (D. Vp.) wünschte Sicherheit darüber, daß England die 26 Proz. Exportbelastung vertragsmäßig erst bei Inkrafttreten des Gutachtens erhebt, also erst dann, wenn der deutsche Exporteur den Betrag von Reparationskonto in Gold sofort erstatet bekommt. Im Interesse der deutschen Ausfuhr nach England sei die Regelung durch Annahme der Londoner Beschlüsse notwendig. Es sei auch in dieser Hinsicht nicht zu verantworten, daß Abg. Dr. Reichert die Beschlüsse zu Fall bringen wolle, denn dann würde niemand dem Exporteur die 26 Proz. vergüten, und der Export nach England wäre erledigt.

Abg. Graf Lerchenfeld (Bayr. Vp.) betrachtete die Einrichtung der Schiedsgerichte, wie sie im Londoner Protokoll getroffen worden sind, als einen Vorteil gegenüber dem bisherigen Zustand, der durch die einseitigen Entscheidungen der Reparationskommission gekennzeichnet sei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

folgende Ausführungen: Gegenüber den Erklärungen und Mitteilungen, die in den früheren Stadien der Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss gegeben worden seien, wäre im wesentlichen nichts geändert worden. Im Bankgesetz könne eine einzige Veränderung von Interesse sein, das nämlich die Golddeckung, die ursprünglich für die Depositen, also für die Girokonten der Reichsbank vorgesehen war, weggefallen sei, und daß an Stelle dessen die Golddeckung für den Umlauf auf normal 40 Proz. erhöht worden sei. Die alte Möglichkeit, unter diese Deckung herunterzugeben, sei aber auch in diesem Falle geblieben, lediglich verbunden mit einer Notensperre, so daß wir auch auf die alte Deckung von 33 1/2 Proz. heruntergehen könnten. Im übrigen aber sei das Bankgesetz im wesentlichen so geblieben, wie es in den früheren Beratungen vorgelegen habe. Bezüglich des

Reichsbankgesetzes

sagen die Dinge so, daß nach normalem Verlauf mit einer Liquidierung der Reichsbank in etwa sieben Jahren gerechnet werden könne. Hier seien Abmachungen zwischen der Reichsbank und der Reichsregierung besprochen worden und zum Abschluß gekommen, die darauf hingingen, daß wir etwa in den ersten drei Jahren siebenhundert bis achthundert Millionen Reichsbankscheine aus dem Verkehr ziehen können, und daß der Rest in weiteren drei bis vier Jahren zurückgezogen sein werde. Die Frage, was aus den bisher angekauften Mitteln der Reichsbank und aus der künftigen Besteuerung des Grundbesitzes auf Grundlage der Reichsbankgesetzgebung weiter wird, sei in dem vorliegenden Gesetz offengelassen worden, so daß es dem Reichstag unbenommen bleibe, hier eine Regelung zu treffen, die den allgemeinen wirtschaftlichen Ansprüchen genügt. Der Reichsbankpräsident hob hierbei hervor, daß das Organisationskomitee sich bei dieser Frage auf den Standpunkt gestellt habe, daß es sich in das Problem der landwirtschaftlichen Kreditgewährung, das ja für unsere ganze Wirtschaft von größter Bedeutung ist, nicht einzumischen habe, es habe aber anerkannt, daß eine solche Kreditgewährung an die Landwirtschaft wünschenswert und erforderlich

sei. Insofern seien in dem Rentenbankliquidationsgesetz die Vorkehrungen getroffen worden, daß die notwendige Organisation für eine solche landwirtschaftliche Kreditgewährung geschaffen werden kann. Das Münzgesetz bedürfe keiner näheren Erläuterung. Es steht die Ausprägung von Hartgeldmünzen wieder vor. Wahrscheinlich werde sich diese Ausprägung für absehbare Zeit auf die Scheidemünze beschränken; zu Goldprägungen in größerem Umfange werden wir jedenfalls im Laufe der nächsten Jahre nicht kommen.

Alsdann beantwortete der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sowie Reichsfinanzminister Ramm verschiedene Fragen von Abgeordneten, die sich auf spezielle Punkte der betreffenden Gesetze bezogen. Gegenüber einer Anfrage des Abg. Dr. Quack (Dnat.) erklärte Reichsbankpräsident Dr. Schacht:

Ich möchte mich auf das Nachdrücklichste gegen die Vorstellung verwahren, als ob es sich darum handelte, die Reichsbank aus deutscher Hand in ausländische Hand zu überführen. Das ist eine Vorstellung, die den effektivsten Laifaden vollständig ins Gesicht schlägt. Es handelt sich darum, daß von den dreihundert Millionen Aktien, die alles in allem ausgegeben werden, schließlich fünfundsünfzig Millionen dem Ausland anzubieten sind. Aber auch noch auf diesen Anteil im Ausland kann von Deutschen so viel gezeichnet werden, wie sie es im Interesse des Deutschen Reiches für angebracht halten. Es befinden sich neunzig Millionen Aktien in deutscher Hand. Das ist das alte Kapital der Reichsbank. Die hundert Millionen Golddiskontanteile, die sich in deutscher Hand befinden, werden in Reichsbankanteile umgewandelt. Das sind zusammen einhundertundneunzig Millionen. Von den einhundertundneunzig Millionen, die übrig bleiben, werden fünfundsünfzig Millionen in Deutschland untergebracht, so daß wir von den dreihundert Millionen zweihundertvierundvierzig Millionen in deutscher Hand haben. Es ist also absolut unrichtig, zu behaupten, die Deutsche Reichsbank werde in ausländische Hände übergeführt. Im übrigen möchte ich noch folgendes hinzufügen: Darau, welche Bewertung das alte Kapital der Reichsbank in Aktien ausgedrückt nominal hat, kommt es zwar sehr viel an; es kommt aber auch darauf sehr viel an, zu welchem Kurs die fünfundsünfzig Millionen Aktien, die das Ausland zeichnen soll, angeboten werden. Wenn heute der innere Wert der alten Reichsbankanteile in der Zusammenfassung von 2:1 umgerechnet bereits auf etwa 84 Proz. bemessen wird, so scheint mir, daß die Börse, die doch für die Bewertungsgrundlage eine sehr feine Nase hat, nicht der Ansicht ist, daß der innere Wert der Reichsbank sehr viel höher sei. Sonst würde nicht nur das Ausland, sondern vielleicht auch das Ausland den Kurs dieser Anteile etwas höher hinausschieben.

Abg. Dr. Schneider (D. Vp.) fragte darauf den Reichsbankpräsidenten, wie die Kreditmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft im Falle eines Scheiterns des Londoner Pakts sein würden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht: Die Reichsbank ist, ganz einerlei, was kommt, entschlossen, die Währung als solche zu halten. Sie wissen aus den Ereignissen der letzten Monate, daß dieses Halten der Währung nur möglich ist durch eine Einschränkung des Zahlungsmittelumsatzes, der gleichbedeutend ist mit einer Einschränkung der Kreditgewährung. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn die Londoner Dinge scheitern, die Reichsbank dann in verstärktem Maße zu diesen Mitteln zurückkommen muß, wenn sie die Mark auf Parität halten will, wozu wir absolut entschlossen sind.

Eine Inflation irgendwelcher Art wird von uns einstimmig mit größter Entschiedenheit abgelehnt.

Die Situation beim Scheitern des Londoner Pakts wird sich zwar wahrscheinlich zunächst in der Richtung auswirken, daß eine ganze Reihe von Krediten, die in der letzten Zeit aus dem Ausland an die deutsche Wirtschaft gegangen sind, zurückgezogen werden, und es wird dann Aufgabe der Reichsbank sein, zu sehen, wie sie an die Stelle dieser Kredite treten kann. Sie wird in noch höherem Grade als bisher ausfinden müssen, und sie wird insbesondere selbstverständlich auch das laufende Wechselportefeuille hinsichtlich Prolongationen sehr viel nachdrücklicher durchsehen müssen, als es vielleicht jetzt in der Hoffnung auf die Londoner Lösung geschehen ist. Wir werden darauf bestehen müssen, daß alle Wechsel, die fällig werden, auch bei Fälligkeit gezahlt und nicht prolongiert werden. Das wird in allererster Linie selbstverständlich auf das landwirtschaftliche Portefeuille der Reichsbank zutreffen. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß mit dem Scheitern des Londoner Pakts und mit dem Scheitern des Bankgesetzes selbstverständlich auch die Umwandlung der Reichsbank in eine Reichsbank wird die ihr zugeordnete Aufgabe der Kreditgewährung an die Landwirtschaft selbstverständlich nicht aufheben können, wenn sie nicht auf der anderen Seite durch die Reichsbank entlastet wird. Das kann naturgemäß nicht der Fall sein, wenn der Londoner Pakt scheitert. Ich muß Ihnen also offen gestehen, daß ich die Frage des Herrn Abg. Dr. Schneider nur dahin beantworten kann, daß, wenn der Londoner Pakt nicht zustande kommt, ich für die Kreditbeschaffung und Kapitalbeschaffung der deutschen Wirtschaft schwarz sehe.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. H. Die Schokoladenfabrik Andre Maurion (franz. nachfolgend) befindet sich in Gießen in Thüringen; ebenfalls ist der Begründer ein Franzose oder Belgier. Rühmter können Sie nur beim Handelsregister des Amtsgerichts Gießen erfahren.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengrannen, lose .. 16,75—20,25	Röstgetreide, lose 15,75—18,00
Gerstengrütze, lose 15,50—18,50	Kakao, fettarm
Hafersflocken, lose 16,50—18,50	Kakao, leicht entölt .. 65,00—75,00
Hafersgrütze, lose 18,10—19,50	Kakao, gepackt
Roggenmehl 9/1	Tea, Souchon, gepackt .. 350,00—400,00
13,50—15,00	Tea, Indischer, gepackt .. 425,00—500,00
18,75—20,00	Inlandszucker basis mel. 37,50—38,50
Walgengries	Inlandszucker Raffinade 30,00—41,00
22,75—24,75	Zucker Würfel
Hartgeröstet	44,00—47,10
16,50—17,75	Kunsthonig
70% Weizenmehl	20,90—23,00
18,75—24,00	Zuckersirup hell in Elm. 40,00—45,00
Weizen-Auszugmehl	Speisesirup dunkl. in Elm. 27,00—31,00
16,00—19,00	Marmelade Einfr. Erb. 90,00—95,00
Speiserbsen, kleine	Marmelade Vierfrucht .. 35,00—40,00
9,25—13,00	Pflaumenmus in Einern 30,00—36,00
Bohnen, weiße, I. sort	Steinsalz, lose
20,00—24,00	3,10—3,70
Langbohnen, handverles. 27,00—30,50	Siedesalz, lose
20,00—29,00	4,00—4,70
Linzen, kleine	Bratenschmalz in Tierces 82,00—82,50
31,00—37,50	Bratenschmalz in Käbeln 83,00—84,00
Linzen, große	Purelard in Tierces
39,00—46,00	80,00—80,50
Kartoffelmehl	Purelard in Kisten
18,75—20,50	50,00—81,00
Makkaroni	Speisesirup in Packung ..
33,50—35,00	Speisesirup in Käbeln ..
Schnitzmehl, lose	Margarine, Handelst. I. 63,00—
16,00—17,75	desgl. II. 57,00—60,00
Bruchreis	Margarine, Spezialm. I. 79,00—
15,10—16,50	desgl. II. 66,00—68,00
Rangoon Reis	Margarine III.
18,00—18,50	Molkereibutter I. Pässern 200,00—210,00
Tafelreis, glasirt, Patna 22,25—31,00	Molkereibutter in Pack. 209,00—212,00
Tafelreis, Java	Landbutter
30,00—36,00	265,00—215,00
Ringapfel, amerik. 35,00—40,00	Anslandbutter in Pässern 205,00—215,00
Getr. Pflaumen 90/100 .. 40,00—43,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. 34,50—37,50
Pflaumen, entsteint	Austl. Speck, geräuchert .. 75,00—85,00
50,00—55,00	Quadratkäse
Cal. Pflaumen 40/30	100,00—115,00
60,00—70,00	Tilsiter Käse, vollfett
Rosinen in Kästen, Candia 65,00—70,00	Bayr. Emmenthaler
Saltaninen Caraburnu .. 80,00—90,00	Ehler Emmenthaler
Korinthen, choice	165,00—175,00
70,00—75,00	Austl. ungesch. Condens-
Mandeln, süße Bari	milch 48/16
115,00—130,00	21,00—23,25
Mandeln, bittere Bari .. 155,00—160,00	Inländische desgl. 48/12 16,50—17,50
Mandel, Cassia	inl. gez. Condensm. 48/14 26,00—26,50
106,00—115,00	
Zimt (Cassia)	
55,00—65,00	
Kimmel, holländischer .. 100,00—115,00	
Schwarzer Pfeffer Singap. 130,00—155,00	
Weiber Pfeffer	
130,00—155,00	
Rohkaffee Brasil	
130,00—215,00	
Rohkaffee Zentralamerika 215,00—235,00	
Röstkaffee Brasil	
230,00—280,00	
Röstkaffee Zentralam. 300,00—375,00	

bleiben und erst nach und nach durch die neue Währung der Goldnotenbank im vollen Werte abgelöst werden, wobei eine Rentenmark gleich einer neuen Reichsmark gilt.

Eine Milliarde Goldmark Spareinlagen. Der Einlagebestand der deutschen Sparkassen hat nach der Stabilisierung die erste Milliarde Gold wieder erreicht. Das ist im Verhältnis zum Vorkriegsstand, wo man die Einlagen bei den Sparkassen auf rund 20 Milliarden bezifferte, noch wenig, aber bereits wesentlich mehr als am Ende der Inflation; damals war das Sparkapital gänzlich gerührt.

Lohn- und Gehaltsfürjungen — aber Betriebsüberschüsse! Die Einnahmen der Schweizer Bundesbahnen bis Juli 1924 weisen gegenüber den Unkosten einen Uberschuss von 14 Millionen Frank auf. Man glaubt, bis zum 31. Dezember 1924 mit einem Reingewinn von 20 Millionen Frank rechnen zu können. Dieser Erfolg nach den dauernden Defizits der letzten Jahre erklärt sich aus der neuen Umstellung der Eisenbahnen auf rein kaufmännische Grundlage, wie aus dem außerordentlich starken Verkehr der letzten Monate. Allerdings sind gleichzeitig die Gehälter und Löhne der Schweizer Eisenbahner durch ein Dekret des Bundesrats erheblich kürzt worden. Unsere Parteipresse in der Schweiz hat deshalb eine heftige Pressekampagne eröffnet.

Sinnes verkleinert seinen Konzern. Die Firma Stinnes hat ihre Beteiligung an der Alpinen Montangesellschaft in Deutschland gelöst. Ihr Aktienpaket ist in den Besitz des Wiener Industriellen Castiglioni übergegangen.

Rückgang der deutschen Auswanderung. Nach der starken Auswanderung im vergangenen Jahre ist in diesem Jahre ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen. Im Juli 1924 wanderten über Hamburg nach Übersee insgesamt 2220 Menschen aus, davon 1887 Deutsche. Diese Zahl ist ganz erheblich niedriger gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Im Juli 1923 gingen 10 131 (5005 Deutsche) Personen über Hamburg ins Ausland. Dieser starke Rückgang der Auswanderung ist umso bemerkenswerter, als am 1. Juli dieses Jahres die Jahresquote der nach dem neuen Einwanderungsgesetz von den Vereinigten Staaten von Amerika zugelassenen Einwanderer in Wirklichkeit getreten ist.

Der Vorderfuß-Schmerz



Die häufigste Ursache für den Vorderfuß-Schmerz ist die Verengung des Zwischenraumes zwischen den Mittelfußknochen.

Die anatomische Zeichnung der Vorderfuß-Schmerz zeigt die Verengung des Zwischenraumes zwischen den Mittelfußknochen, welche die Mittelfußknochen stützt und so ein Querschnitt erzeugt, wie auf der linken Abbildung angedeutet.

Die qualvollste Form des Vorderfuß-Schmerzes ist die sog. Morton'sche Neuralgie, schneidende, krampfartige Schmerzen, welche das Gehen zeitweilig überhaupt unmöglich machen.

Häufiger sind die Beschwerden auf der am linken Bild bezeichneten Stelle, welche gewöhnlich mit einer Schwielle bedeckt ist und welche bei jedem Schritt empfindliche Schmerzen bereitet.

Die Vorderfuß-Schmerzen sind eine Folge-Erscheinung des Senkfußes, welcher eine Hartigkeit des Vorderfußes erzeugt, wodurch unnatürliche Druckbelastungen entstehen.

Nicht nur die Abflachung, sondern auch die allzu hohe Aufwölbung des Fußes — insbesondere durch hochförmige Schuhe erworben — erzeugt die genannten Schmerzen infolge der Ueberlastung des Vorderfußes.

Die Abhilfe dagegen besteht in der Stützung des Vorderfußes, wodurch die natürliche bogenförmige Anordnung der Mittelfußknochen wieder hergestellt und die schmerzende Stelle entlastet wird.

Zu diesem Zwecke bedient man sich der

Pneumette

Type „Längsquer“, ein Spezialmodell, welches mit Hilfe des anatomisch geformten, vorgewölbten Luftkissens nicht nur den Längsbogen, sondern auch den Querbogen in schonender Weise stützt und hebt.

Die Erfolge der Pneumette, Type „Längsquer“ beim Vorderfuß-Schmerz sind außerordentlich, in der Mehrzahl der Fälle tritt sofortige Schmerzbefreiung ein, während die Schwielen in kurzer Zeit endgültig verschwinden.

Brennen u. Schwielen an der Sohle sind verschwunden.

Ein sehr zu rühmendes, das Brennen und die Schwielen an der Sohle haben sich gehoben. Ich kann die Pneumette daher jedermann empfehlen.

Regina Kr., Dienstmammasmitte, München.

Blasenbildung und Schwielen verschwunden.

Ihre Pneumette ist mir eine große Erleichterung im Gehen und besonders beim Stehen ist die Müdigkeit und Kreuzschmerzen, unter denen ich vorher immer zu leiden hatte, vollständig gehoben. Auch litt ich an Blasenbildung und Schwielen, welches Uebel auch verschwunden ist. Ich kann dieselbe jedermann nur bestens empfehlen, was ich auch in meinem Bekanntenkreise bereits getan habe. Was dem Nachhörer sein mag, das ist dem Fußgänger die Pneumette.

Frau Ehe W., Kufferschmittin, Guldhausen.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwundlich, auch beim stärksten Gebrauch.

Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette

8 Tage zur Probe.

Überzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64 und Friedrichstraße 179 (9—2 und 4—7). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:

- Leipziger Straße 64
- Tauentzienstr. 20
- Friedrichstr. 179
- Müllerstr. 3a
- Königstr. 34
- Oranienstr. 34
- Oranienstr. 47a
- Moabit, Turmstr. 50
- Neukölln, Bergstr. 7/8
- Friedenau, Rheinstr. 14

Schriftliche Aufträge von außerhalb Berlin sind zu richten an den alleinigen Fabrikanten und Patentinhaber (A. D. R. P.)

Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76

